

Wöchentlich 70 Bl., monatlich 2.— M. im voraus zahlbar, Postbezug 2,72 M. einschließlich Postgebühren. Abonnement 2,50 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Wort und Bild“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Licht“, Bild in die Bäckerei“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung des Reichsmarkts... Die einseitige Konvertierung des Reichsmarkts... Die einseitige Konvertierung des Reichsmarkts...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37136. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskont-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 8

Drohende Ausperrung in Sachsen

Die Osterbotschaft der sächsischen Metallindustriellen. — 200 000 Arbeiter betroffen

Chemnitz, 5. April. (RWB.)

Wie wir erfahren, hat die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller Donnerstag abend beschlossen, sämtliche Arbeiterbelegschaften für Donnerstag, dem 12. April, mit Arbeitsschluß auszusperren. Von dieser Maßnahme werden rund 200 000 Metallarbeiter betroffen.

Diese Botschaft wendet sich offenbar in erster Linie an die Adresse des Reichsarbeitsministers, um ihn zu bestimmen, dem Antrag der Herren folgend, die Verbindlichkeitsklärung des Metalltarifs auszusprechen. In zweiter Linie aber sollen die sächsischen Metallarbeiter durch die Drohung mit der Gesamtausperrung genötigt werden, auf ihre Lohnforderungen zu verzichten, die den Herrschaften nicht angenehm sind. Allein die Metallarbeiter sind nachgerade an solche Drohungen zu sehr gewöhnt, um ihnen besondere Bedeutung beizumessen. Aber auch der Reichsarbeitsminister dürfte an solche starke Gesten bereits so gewöhnt sein, um sie gebührend zu würdigen.

In Sachsen besteht neben der Vereinigung der Verbände der Metallindustriellen noch ein Arbeitgeberverband der Metallindustrie. Mit diesem Verband wurden Vorkonkordanzverhandlungen vor dem Schiedsamt Dresden geführt, deren Weiterführung auf Freitag, den 13. April, vertagt wurden, offenbar im Hinblick auf den Ausperrungsbeschluss der Vereinigung.

Möbeltransportarbeiter streifen weiter.

Sie besorgen jedoch Umzüge!

Zwischen den Parteien wurde Donnerstag nachmittag erneut über die Beilegung des Streifs verhandelt. Veranlassung hierzu bot vor allem die Ermögung, den Umziehenden dazu zu verhelfen, daß sie möglichst noch vor den Osterfeiertagen in den Besitz ihrer bei den Speditoren lagernden Möbel gelangen.

Die Aussprache zwischen den Parteien ergab, daß, obgleich die Arbeiter von ihren Forderungen abermals zurückgingen, die Möbelspediteure nicht geneigt waren, den Arbeitern das geringste Entgegenkommen zu zeigen. Die Unternehmer mochten eine Verständigung unmöglich und verschärften die Gegenfäße noch mehr, indem sie mit ihrem Angebot noch unter den Sähen des Schiedspruches blieben.

Die Differenz, an der die Möbelspediteure die Verständigung scheitern ließen, beträgt, soweit es sich um festangestellte Packer und Arbeiter handelt, pro Tag und Mann 15 Pf., für nicht angestellte Arbeiter pro Arbeitstag 30 Pf.! Die Deffektivität kann daraus ersehen, auf welcher Seite die Schuld an der Fortdauer des Streiks liegt.

Dringende Abrollaufträge werden, falls die Anziehenden sich in den Besitz der Frachtbriebe setzen können, von den streikenden Möbeltransportarbeitern prompt und sicher erledigt. Auch Stadionszüge werden auftragsgemäß ausgeführt. Meldungen an die Streikleitung, F. 7 Jannowich 3719, Engelw. 22, Restaurant Schulz.

Bei der Streikleitung liegen bereits genügend Angebote von Firmen vor, die die Forderung der Arbeiter bewilligt haben, und die in der Lage sind, sämtliche Aufträge auszuführen.

Straßenbahnkonflikt in Ostoberschlesien beendet.

Kattowitz, 5. April.

Die heutigen mehrstündigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß über die Lohnforderungen der ostoberschlesischen Straßenbahner endeten mit der Fällung eines Schiedspruches, nach dem den Angestellten der Kleinbahn eine Lohnerhöhung um 8 Proz., den Arbeitern eine solche von 7 Proz. bewilligt wurde.

Der Spruch wurde von den beteiligten Parteien angenommen, so daß ein Streik vermieden ist.

Arbeiterwahlsieg in Schottland.

Shinwell erobert seinen früheren Wahlkreis zurück.

London, 5. April. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterpartei hat bei den Nachwahlen in Dinkilthgow (Schottland) einen großen Erfolg errungen und damit einen ihrer alten Wahlbezirke, der ihr bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1924 von den Konservativen genommen war, wieder zurückgewonnen. Mit über 5000 Stimmen Mehrheit wurde Shinwell, der frühere Bergwerksminister der Regierung Macdonald, vor der konservativen Kandidatin Miss Margot Kidd gewählt. Der liberale Kandidat Young erhielt 5690 Stimmen.

Der Erfolg der Arbeiterpartei ist um so bemerkenswerter, als er wiederum beweist, daß sie auch von liberaler Seite nichts zu befürchten hat.

Genosse Shinwell war neben dem Bergarbeiterführer Frank Hodges das einzige Mitglied der Regierung Macdonald, das bei den Neuwahlen von Oktober 1924 besiegt worden war. Damals hatte sich in seinem Wahlkreis eine bürgerliche Einheitsfront gegen ihn gebildet. Die Liberalen hatten auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und ihre Stimmen — das ergibt sich aus der jetzigen Nachwahl unzweifelhaft — waren fast restlos dem konservativen Kidd zugute gekommen.

Damals lautete das Wahlergebnis:

Kidd (Konserv.) 14 765 Stimmen
Shinwell (Arb. Part.) 14 123 "

Als jetzt das Mandat durch den Tod Kidds frei wurde, verlor dessen Tochter es für die Konservativen zu behaupten. Shinwell stellte sich wieder seinen alten Wählern zur Verfügung. Seine Aufgabe wurde zwar dadurch erleichtert, daß diesmal die Liberalen einen eigenen Kandidaten aufstellten, hätten sie aber darauf verzichtet, dann würde ein großer Teil ihrer Stimmen dem Arbeiterkandidaten zugute gekommen sein, denn der ultrareaktionäre Kurs der Tory-Regierung läßt sogar vielen bürgerlich-liberalen Wählern die Arbeiterpartei als das kleinere Übel erscheinen.

Interessant ist es übrigens, daß die Konservativen den Kampf gegen Shinwell unter anderem mit Argumenten geführt haben, die in England nur selten in der Politik eine Rolle spielen, nämlich mit einer antisemitischen Parole,

Shinwell ist nämlich jüdischer Herkunft, und sogar der einzige jüdische Parlamentarier in der Labour-Fraktion, während es mehrere solcher in den beiden bürgerlichen Fraktionen gibt.

Die genauen Zahlen der Nachwahl lauten:

Shinwell (Arb. Part.) 14 446 Stimmen
Miss Kidd (Konserv.) 9 268 "
Young (Lib.) 5 690 "

Dieses Wahlergebnis beweist, daß völkische Schimpereien in Großbritannien keinen Eindruck machen.

Der Mexiko-Protestrummel.

Erklärung des Generalkonsuls in Hamburg.

Hamburg, 5. April.

Zu einer Protestkundgebung der hamburgischen Katholiken gegen Katholikenverfolgungen in Mexiko gibt der mexikanische Generalkonsul in Hamburg eine Erklärung aus, in der es heißt: „Wenn die katholischen Gläubigen sich heute ihrem Gottesdienst entzogen sehen, so ist das nicht Schuld der Regierung, wie im Ausland glauben gemacht wird, sondern weil der Klerus selbst seit August 1926 als Zeichen des Protestes gegen die Verfassung von 1917 die Aufhebung der Gottesdienste im ganzen Lande angeordnet hat. Die Kirchen stehen unter Aufsicht von Kommissionen, die aus katholischen Gläubigen selbst bestehen.“ Der Generalkonsul wendet sich ferner gegen die Behauptung von Brechen und Grausamkeiten der mexikanischen Regierung gegen Katholiken, die er als unwahr bezeichnet.

Ein persischer Minister getötet.

Von einem Stamm, den er aussuchte.

Teheran, 5. April.

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Amir Tahmaspi, ist auf einer Besichtigungstour durch Kuristan in der Nähe von Khorramabad bei einem Zusammenstoß mit Angehörigen des Stammes der Buren getötet worden. Das Parlament hat sich nach Eingang dieser Nachricht vertagt. Der Schah ist nach Khorramabad abgereist.

Pläne der Reaktion.

Wähler, verteidigt die Arbeitslosenversicherung!

Seit Jahr und Tag ist die Arbeitslosenversicherung das Angriffsziel unserer Sozialreaktionäre; unter allen Zweigen der Sozialpolitik wird sie am meisten gehaßt. Die Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung sind vorzugsweise von Profitinteressen diktiert. Hinter ihnen stehen die großen Versicherungsgesellschaften. Ihr Plan ist folgender: Da das Arbeitslosensisiko in der modernen Industrie größer ist als jemals, und die Arbeiter sich heute an eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, also gegen Konjunkturrückfälle in der Wirtschaft, gewöhnt hat, werden große Teile der arbeitenden Schichten freiwillig eine Arbeitslosenversicherung eingehen, wenn die staatliche Einrichtung zerrumpelt ist. Das Versicherungskapital wittert in der Arbeitslosenversicherung ein neues, glänzendes Geschäft. Gelingt es ihnen, die gegenwärtige Arbeitslosenversicherung zu beseitigen, so ist der Weg für die Verwirklichung dieser kapitalistischen Pläne frei. Die Aufsichtsräte der großen Versicherungskonzerne werden dann mit Hilfe der freiwilligen Arbeitslosenversicherung ungeheure Lantimen für Nichtisten einstecken; der Arbeiter tauscht aber die schon jetzt kaum ausreichenden Unterstüngen gegen geringere ein und wird dafür höhere Prämien, Beiträge zahlen müssen.

Für die Unternehmer ist die Arbeitslosenversicherung ein Hindernis, um die Löhne möglichst niedrig zu halten. Ihnen wäre es natürlich am liebsten, wenn keine Arbeitslosenversicherung existierte; dann würde die in Krisenzeiten existierende industrielle Reservearmee gezwungen sein, auch die miserabelsten Lohnangebote der Industriellen zu akzeptieren. So bekämpfen gerade die Großgrundbesitzer die Arbeitslosenversicherung. Gerade der von den Agariern geführte Kampf ist jedoch nur ein Kampf um die Höhe der Landarbeiterlöhne. Bezeichnend ist, daß die Regierungsparteien im letzten Reichstag eine Interpellation einbrachten, die besagte, daß die Arbeitslosenversicherung nicht ein Hindernis für den schmerzlichen Lohndruck in der Landwirtschaft sein darf. Mit dieser Interpellation haben die Reichsparteien keinen Erfolg gehabt. Der Wähler muß aber bei den kommenden Wahlen dafür sorgen, daß sie auch im kommenden Reichstag kein Glück mit ähnlichen Anträgen haben werden. Besonders der Landarbeiter muß sich darüber klar sein, daß er die Arbeitslosenversicherung und damit Lohnhöhe und Lebenshaltung verteidigt, wenn er am 20. Mai sozialdemokratisch wählt.

Die wirklichen Ursachen, weshalb man die Arbeitslosenunterstützung haßt und sie möglichst bald beseitigen will, werden natürlich von den Gegnern der Arbeitslosenversicherung wohlweislich verschwiegen. Die Unternehmer klagen deshalb auch über unerträgliche Belastung der Wirtschaft und behaupten, daß die Arbeitslosenversicherung die Arbeiterklasse demoralisiere und die Arbeiter zu Faulenzern erziehe! Was ist an diesen Vorwürfen wahr?

In jedem Geschäftsbericht wird der Klagegesang über die steigende Sozialbelastung angestimmt. In jedem Geschäftsbericht muß aber auch zugegeben werden, daß die Gewinne trotz der angeblich unerträglichen Sozialbelastung steigen. Daraus geht hervor, daß der Beitrag der Arbeitgeber zur Sozialversicherung ohne ungünstigen Einfluß auf die Profitquote ist. Die Arbeitgeber nehmen sich auch in acht, ihren Klagegesang in den Geschäftsberichten durch Zahlen zu erläutern. Sie lieben mehr die irische Weise, das Lied ohne Zahlen und weniger den glatten Beweis. Solange aber das deutsche Unternehmertum für seine Behauptung, die soziale Belastung gefährde die Rentabilität der Betriebe, keinen exakten, keinen schlüssigen Beweis erbringt, können seine Klagen über die Sozialbelastung nicht ernst genommen werden. Soweit die Arbeitslosenversicherung in Frage kommt, teilt der letzte Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit, daß die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung im Monatsdurchschnitt 4,02 M. pro Kopf der Beschäftigten ausmachen. Davon zahlt der Unternehmer die Hälfte, also rund 2 M. pro Kopf. Das ist bei weitem weniger, als viele Unternehmer für ihre Kampffonds zu entrichten haben. So werden zum Beispiel in der nordwestlichen Gruppe der Schwerindustrie, also im eigentlichen rheinisch-westfälischen Industriegebiet, 5 M. pro Kopf der Belegschaft als Beiträge zum Kampffonds erhoben und gezahlt. In den Geschäftsberichten des Ruhrtrufits wird aber natürlich nicht über die Kampffondsbeiträge, sondern über die unerträgliche Sozialbelastung, insbesondere über die Belastung aus der Arbeitslosenversicherung lamentiert. Das ist Heuchelei.

Wenn gesagt wird, die Arbeitslosenversicherung sei eine Prämierung der Faulheit, so ist das natürlich Unsinn. Jeder wird aber schon in bürgerlichen Blättern die Geschichte von dem Arbeitslosen gelesen haben, der auf Arbeit verzichtete, um im Genuß der hohen Arbeitslosenunterstützung zu bleiben. Neulich wurde sogar von einer pommerischen Zeitung behauptet, ein Arbeitsloser habe einem Unternehmer eine Abfindungssumme für den Fall angeboten, daß dieser ihn nicht in seinem Betriebe einstellt. Die zuständigen Instanzen haben sich natürlich sofort nach diesem Kröfus vom pommer-

Dänisch-Deutscher Friedenstag.

Gegen die Schutzzöllerei.

Kiel, 5. April.

Der erste deutsch-dänische Friedenstag wurde heute vormittag 11¼ Uhr im Gewerkschaftshaus eröffnet. Sanitätsrat Leonhart begrüßte die Versammlung. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Prof. Quibde und Petersen-Kopenhagen. Professor Quibde betonte, daß die Veranstaltung eine rein kulturelle sei, in der jede Politik ausseide.

Der erste Referent, Geheimrat Prof. Dr. Baumgarten-Kiel sprach über die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark. Wir sind glücklich, sagte der Redner, durch nationale und politische Schranken ungehindert, uns dankbar bewußt zu sein des Anteils, den das phantasiebegabte, bis in die tiefen Schichten gebildete dänische Volk an der weltbürgerlichen Kultur hat und haben wird. Möchte solches

Weltbürgertum als tiefstes Motiv des Weltfriedens

wachsen, zugleich mit dem gesunden Nationalbewußtsein, das wir in jedem Volke ehren und pflegen wollen.

Korreferent Universitätsprofessor Dr. Hammerich-Kopenhagen führte u. a. aus: Auf literarischem, künstlerischem, wissenschaftlichem und religiösem Gebiet bestehen alte Zusammenhänge und kann eine erfreuliche gegenseitige Aufnahmefähigkeit hergestellt werden.

Im Sinne dieser Ausführungen gehaltenen Vorträge wurden nach längerer Aussprache angenommen; es soll auf die Presse dahin gewirkt werden, daß sie regelmäßiger und ohne von Sensationen abhängig zu sein, gründliche Kunde vom Nachbarland bringe.

Bankdirektor Callö-Hadersleben eröffnete die Aussprache über die ökonomischen Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland. Er führte u. a. aus: Mit dem Zollgesetz vom 17. August 1923 ist Deutschland zum Protektionismus (Schutzzoll) zurückgekehrt. Für die dänische Landwirtschaft war dies ein schwerer Schlag. Noch ungelöst ist die Frage der Zollbehandlung des dänischen Rindfleischs im Vergleich zum argentinischen Geflügelfleisch, das zollfrei eingeführt wird. In Dänemark sind Stimmen laut geworden, die eine handelspolitische Orientierung nach dem Westen verlangen. Andererseits sind wir uns aber auch über die Bedeutung des deutschen Marktes für unseren Export völlig klar, und da Deutschland ein gleiches oder vielmehr ein noch größeres Interesse am dänischen Markt hat, dürfen wir auf eine friedliche und gedeihliche Entwicklung der deutsch-dänischen Handelsbeziehungen hoffen. Alle Bestrebungen, die Schranken, die den freien Warenaustausch behindern, abzubauen, werden in Dänemark mit lebhafter Genugtuung begrüßt. Darum

find wir auch bereit, die Behebung der deutsch-dänischen Beziehungen auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiet nach Kräften zu fördern.

Der nächste Redner, Landrat a. D. Adler-Kiel (unser bekannter Parteigenosse, Red.), beleuchtete die Bedeutung des Verkehrs zwischen deutschen und dänischen Häfen und betonte, daß 1926 die gesamte Einfuhr von Dänemark nach Deutschland 308,1 Millionen, die Ausfuhr von Deutschland nach Dänemark 375,4 Millionen Mark Wert hatte. Dänemark führt damit nach Deutschland 3 Proz. der deutschen Gesamteinfuhr ein und empfängt aus Deutschland 3,8 Proz. der deutschen Gesamtausfuhr. Seit dem Kriege habe Dänemark den englischen Markt zu einem großen Teil verloren. Da liegt es nahe, an Erfolge durch Deutschland zu denken. Zu diesem Zwecke müsse eine Erleichterung des Verkehrs einreten.

Senken und Abschaffen von Einfuhr- und Ausfuhrzöllen.

den Bedürfnissen beider Staaten weit entgegenkommende Handelsverträge mit Meistbegünstigungsklauseln, möglichst erleichterte Zollabfertigung seien wichtige Voraussetzungen für wirtschaftliche Annäherung zweier Nachbarstaaten. Auch die Technik des Verkehrs müsse in den Dienst der wirtschaftlichen Annäherung gestellt werden. Eine so wichtige Linie wie Kiel-Korsör-Kopenhagen dürfe nicht länger unterbrochen bleiben. Das vortreffliche Reglement kleinerer Dampfschiffsverbindungen von Häfen zu Häfen in Dänemark sollte mit deutschen Häfen versponnen werden. Gelinge es, Deutschland und Dänemark zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Verkehrsgebiet zu entwickeln, so werde das Ergebnis eine enge Arbeitsgemeinschaft sein, die Handel und Wandel, Landwirtschaft und Fischerei, Handwerk und Industrie in beiden Ländern belebt und entwickelt, und das Gefühl gemeinsamer Interessen werde den Boden schaffen, auf dem der Gedanke der Interessentonsilte unmöglich wird.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der geordert wird:

1. Senkung der bestehenden Schranken, die den Warenverkehr behindern,
 2. Abschluß eines Handelsvertrages, der der wirtschaftlichen Annäherung dient und die Meistbegünstigungsklausel enthält,
 3. Ausbau des Verkehrsnetzes in Schiffs-, Eisenbahn- und Automobillinien für Fern- und Nahverkehr und
 4. Anstreben einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Staaten, die gemeinsam die gegebene Grundlage der Wirtschaft durch Produktion und Handel auf das zweckmäßigste ausnützt.
- Ein Schlußwort Professor Quibdes beendete die Tagung.

schen Arbeitslosen erkundigt und mußten feststellen, daß er nicht existierte und daß die ganze Geschichte ausgelegter Schwindel war. Alle diese Arbeitslosengeschichten stellen sich als Schwindel heraus, sobald man den Dingen auf den Grund geht. Dagegen ist recht oft festzustellen, daß die Arbeitgeber die Not des Arbeitslosen in der schamlosesten Weise auszunutzen wollten, indem sie ihm unerhört niedrige Arbeitslöhne anboten. Also umgekehrt wird ein Stiefel draus: Von der Arbeitslosenversicherung kann man eben sein Leben fristen, und wir wissen alle, daß für den Arbeitslosen der Tag, wo er wieder in den Betrieb rein und wieder vernünftig verdienen kann, ein Glückstag ist.

Die Arbeitslosenversicherung ist sicher eine soziale Errungenschaft von ungeheurem kulturellem Wert. Wir verteidigen sie, indem wir bei der Reichstagswahl den sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben!

Nur etwas anderes!

Das große Schweigen bei Hugenberg.

Man hat es im „Vokal-Anzeiger“ des Herrn Hugenberg nicht gern, wenn in der Presse von der Subventionierung der Firma August Scherl mit preussischen Staatsgeldern gesprochen wird. Man weigert sich entschieden, sich darüber zu unterhalten.

Reden wir von etwas anderem, heißt die Parole, von etwas anderem, zum Beispiel von der Devoti und ihrer Pleite, vom sozialdemokratischen Wahlsfilm, man kann auch von Tiergärten und Osterspielen erzählen — alles, was ihr wollt, nur das eine nicht, nur etwas anderes.

Man mühte sonst sich über das unangenehme Thema der Rückzahlung unterhalten.

Das diplomatische Revirement.

Lindeiner-Bildau und die Deutschnationalen.

Der Demokratische Pressedienst schreibt: Nachdem jetzt im Auswärtigen Amt das Reglement der jugoslawischen Regierung für den neuen deutschen Gesandten in Belgrad, Köster, eingegangen ist, werden in den nächsten Tagen die Ernennungen durch den Reichspräsidenten von Hindenburg vollzogen werden.

In politischen Kreisen ist aufgefallen, daß die Durchführung des Revirements ungebührlich lange Zeit beansprucht. Das hängt indessen mit den Schwierigkeiten und den Wünschen zusammen, die aus Anlaß des Revirements von Seiten der Deutschnationalen Volkspartei geäußert worden sind. Die Deutschnationalen haben insbesondere Widerspruch gegen die Ernennung Kösters zum Ausdruck gebracht. Dieser Widerspruch gründete sich nicht so sehr darauf, daß Köster Sozialdemokrat ist, sondern von deutschnationaler Seite ist versucht worden, einen der freierwerbenden Posten mit einem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten zu besetzen, und zwar ist in diesem Zusammenhang der Name des Herrn von Lindeiner-Bildau genannt worden. Die Versuche, Herrn von Lindeiner auf einen Gesandtenposten abzuschleichen, und zwar wurde es nach einander mit dem Haag, mit Brüssel und mit Belgrad versucht, scheiterten. Bemerkenswert ist, daß es vor allen Dingen Persönlichkeiten des rechten Flügels der Deutschnationalen waren, die Herrn von Lindeiner-Bildau in die diplomatische Laufbahn und damit — aus dem Reichstag bringen wollen.

Personalveränderungen in Potsdam.

Wolffs Telegraphenbureau meldet:

Bei der Potsdamer Regierung gehen noch weitere Veränderungen in den leitenden Stellen vor sich. An der Spitze der Abteilung für Kirchen und Schulwesen, die bisher vom Regierungsdirektor v. Kunowski verwaltet wurde, tritt Regierungsdirektor Wagner, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Dessen Stelle als Regierungsrat nimmt Regierungsrat Elsholz, bisher an der Regierung in Frankfurt a. d. O., ein. Auch er ist Sozialdemokrat.

Nur keine Bauern!

Schlesiens Vertreter im Landwirtschaftsrat.

In den Deutschen Landwirtschaftsrat wurden von der Vollversammlung wiedergewählt: Rittergutsbesitzer von Bernuth, Rittergutsbesitzer Hofdeutscher, Rittergutsbesitzer Graf Rejterling. Zu Stellvertretern Rittergutsbesitzer von Richthofen, Kuhnern, Erbscholtzfeld, besitzer Besser, Rittergutsbesitzer Meinling.

Ein bäuerlicher Gegenvorschlag wurde gegen sämtliche Stimmen der Landbündler abgelehnt. Die Gesamtländwirtschaft Schlesiens wird also in Deutschen Landwirtschaftsrat wie bisher nur durch Großgrundbesitzer vertreten. Kein Bauer darf in diese Einrichtung Einsitz nehmen. Es muß festgesetzt werden, daß auch die bäuerlichen Abgeordneten des Landbundes die Rittergutsbesitzer gewählt und sich damit erneut zu Steigbügelhaltern jener Herren hergegeben haben, deren Wirken jeden Fortschritt des Bauernstandes unterbindet.

Auslieferung des Reparationschiebers?

Ein schwieriger Streitfall.

Ein Auslieferungsfall, der auch deutsche Handelskreise interessieren dürfte, beschäftigt gegenwärtig das Haager Landgericht. Es betrifft den französischen Viehhändler Lucien Lévy, dessen Auslieferung von der französischen Regierung wegen Mißschuld an Schiedungen bei Ausführung des Dawes-Abkommens beantragt ist. Eine für ihn bei der französischen Gerichtsbehörde deponierte Kaution von 1 Million Franken wurde nach seiner Flucht nach Holland für verfallen erklärt. Sein Verteidiger Bourlier bestritt das Recht zur Auslieferung, weil es sich dabei um eine politische Frage handele.

Lévy gehört der Firma Goudberg u. Lévy an, die feinerzeit im Auftrage der französischen Regierung als Zwischenperson bei den Viehtransaktionen mit Deutschland auftrat. Diese Transaktionen erfolgten auf der Grundlage des Dawes-Abkommens, wobei Frankreich mit Wechseln auf die Deutsche Reichsbank bezahlte. Auf deutscher Seite trat Goldschmidt von der Berliner „Para“ als Vermittler auf. Die französische Regierung stellte später fest, daß nicht die vereinbarten Mengen Vieh abgetrieben wurden, obwohl Goudberg u. Lévy 10 Prozent Provision erhalten haben. Goudberg u. Lévy behaupten ihrerseits, große Verluste erlitten zu haben. Sie beziehen sich u. a. darauf, daß das Dawes-Abkommen sowohl von französischer wie von deutscher Seite sabotiert wurde.

Polizeirüstungen in Wien.

Schöber baut Unterstände und schafft Panzerwagen an.

Sozialdemokratische Abgeordnete und die Arbeiterpresse in Wien haben eine Reihe Mittelungen über Geheimrüstungen der Staatsmacht, nämlich der Polizei unter Schöbers Leitung und des Baugewerks Bundesheeres gemacht; diese Angaben sind nicht widerlegt, größtenteils nicht einmal bestritten worden. Sie besagen folgendes:

Die Keller der Polizeidirektion am Schottenring sind in betonierete Unterstände umgewandelt, der Polizei sind mehrere Panzerautos und zahlreiche Maschinengewehre vom Staat, der sonst bettelarm ist, geliefert worden; es werden damit Geübungen veranstaltet. Die Befestigung der Keller und der Kanaleinstiege ist auch in den Kasernen der Wehrmacht vorgenommen worden! Sämtliche Polizeikommissariate in Wien und den übrigen Städten mit Staatspolizei sind mit eigenen Kurzwellensendern ausgestattet.

Nicht verborgen, sondern allgemein zur Schau gestellt wird die Neuausrüstung selbst der — Verkehrsbeamten. Während das Wiener Volk seit Jahrzehnten an dem Wadmann von Waffen nur den Säbel sah, tragen sie jetzt außerdem sichtbar Gummi-

knüppel, der bisher in Deutschösterreich nicht eingeführt war, und Pistole.

So wird die Kluft zwischen den Wienern und den immer mehr vom Lande hergehenden Bauernpolizisten konsequent erweitert.

Der Film „Das neue Wien“.

Genosse Dr. Busse-Hannover, der seit einiger Zeit in verschiedenen Städten den äußerst wirksamen Wahlfilm „Das neue Wien, von der Kaiserstadt zur Volksstadt“ vorführt, hat am Palmsonntag auf Veranlassung des Wertmesterverbandes auch den zweiten Teil dieses Films gezeigt und durch einen Vortrag begleitet. Man sieht da, was die Arbeiterbewegung Wiens durch ihre Gemeindevertretung im Volkswohnungsbau, für die Volksgesundheit und zum allgemeinen Besten leisten kann — weil sie ungeachtet aller kommunistischen Spaltungsversuche ihre Einheit ungeschmälert erhalten hat. Der Film wird auch an weiteren Sonntagen (Ostern aber nicht) im Mercedes-Kino, Reufölln, vorgeführt.

Zusammenschluß in Ostoberschlesien.

Deutsch-Polnisches Sozialistengesamtkomitee und Fraktionsgemeinschaft.

Kattowitz, 5. April.

Eine Konferenz von Vertretern der deutschen und der polnischen Sozialisten hat die Schaffung eines Parteikomitees der beiden, die Bildung eines gemeinsamen Abgeordnetenkubs im schlesischen Sejm und die Herbeiführung einer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete im Einvernehmen mit der Leitung der Gewerkschaften beschlossen.

Koalitionsfrage in Lettland.

Ein Mehrheitsbeschluss des Sozialistengesamtkongresses.

Riga, 5. April. (Eigenbericht.)

Die lettische Sozialdemokratie hielt dieser Tage in Riga ihren Parteitag ab. Den Kernpunkt der Tagung bildete die große Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit des Parteivorstandes und der Opposition des linken Flügels. Nach langer, sachlicher, von kameradschaftlichem Geist getragener Diskussion stimmte die Mehrheit der Delegierten der vom Zentralkomitee eingebrachten Resolution zu. Danach soll Koalitionspolitik nur dann möglich sein, wenn die Partei in der Regierung die Mehrheit hat. Für die Oppositionsresolution, die sich gegen jede Koalition mit Bürgerlichen und für Burgfrieden, den die Kommunisten aussprachen, stimmte etwa ein Drittel der Delegierten, für die Entschließung des Parteivorstandes zwei Drittel.

Das Kriegsgericht in Olbrück hat nunmehr das Urteil gegen Kapitän Demar, der der Disziplinwidrigkeit schuldig befunden wurde, gefällt. Danach wird Kapitän Demar seines Postens auf der „Kopal Dat“ entbunden und erhält einen nachrücklichen Verweis.

Ein japanisch-afghanischer Freundschaftsvertrag ist in London von beiden Botschaftern unterzeichnet worden.

Die Reise Parker Gilberts.

Frankreich und der Dawes-Plan.

Paris, 5. April. (Eigenbericht.)

Das Finanzministerium gibt zu, daß der Reparationsagent Parker Gilbert zu Beginn dieser Woche eine eingehende Aussprache mit Poincaré gehabt hat. Man mißt den Besprechungen Parker Gilberts, die in Rom fortgesetzt werden, große Bedeutung bei, warnt jedoch vor verfrühten und allzu weitgehenden Hoffnungen. Betont wird insbesondere, daß von Frankreich positive Vorschläge für eine Neuregelung des Reparations- und Schuldenproblems nicht zu erwarten seien, da die Initiative dazu von Deutschland ausgehen müsse.

Fall Höfle in Rußland.

Fahrflüchtige Tötung eines kranken Gefangenen.

Charkow, 5. April. (DE.)

Auf Anweisung Jaroslawskis, des Generalsekretärs der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei, der wegen der Verhaftung der deutschen Ingenieure im Donezbecken weiß, ist gegen mehrere leitende Beamte der Gefängnisverwaltung in Artemowik eine Untersuchung eingeleitet worden. Den Beschuldigten wird geschwändrige Behandlung Gefangener zur Last gelegt, die in einem Fall den Tod eines erkrankten Strafgefangenen zur Folge hatte.

Besprechung Litwinoff — Stresemann.

Wizeminister Litwinoff und Botschafter Krestinski hatten am gestrigen Donnerstag eine längere Aussprache mit Stresemann und a. Dirksen, dem Leiter der Abteilung im Reichsaußenministerium.

In Hollandisch-Neuguinea haben fünf eingeborene Polizisten die Volkserregung über den Steuerdruck mit ihrem Leben büßen müssen.

Es gärt in Rumänien.

Die Regierung will die Volksbewegung ersticken.

Die rumänische „liberale“ Oligarchenregierung des Anastas Brătianu hat die Massenfundgebung der Opposition verboten, die zum 22. d. M. nach Alba Iulia einberufen war, jener Stadt Siebenbürgens, in der 1918 die Angliederung dieses früher ungarischen allerdings stark rumänisch besiedelten Landes an Rumänien verkündet wurde. Die Kundgebung von Alba Iulia sollte eine Bewegung fortsetzen, über die folgender Bericht unseres Bukarester Berichterstatters Aufschluß gibt:

Als vor zwei Monaten die Bauernpartei („Nationalgarantisten“, durch Vereinigung der National- und der Bauernpartei entstanden) und die Sozialdemokratie sich zu gemeinsamem Kampf gegen die Diktatur der „Liberale“ zusammenschlossen und demokratische Entwicklung durch freie Neuwahlen als Parole in die Massen warfen, waren beide Parteien darin einig, daß dieser Kampf mit aller Energie geführt werden müsse. Im ganzen Lande wurden Massenversammlungen abgehalten, die Zehntausende Bauern und Arbeiter im Kampfwillen einten und meist von gewaltigen Straßendemonstrationen begleitet waren. Die gewaltige Bukarester Demonstration der 80 000 sollte der Diktatur die letzte Warnung zur Umkehr, die letzte Warnung zurufen.

Man muß diese Taktik wohl verstehen. Die Bauernpartei hat seit jeher den Standpunkt vertreten, daß die „liberale“ Regierung, durch einen Staatsstreich ans Ruder gekommen, von einer durch Wahlterror zustandekommenen Mehrheit gestützt, nicht als gesetzliche und verfassungsmäßige Regierung angesehen werden könne. Daher fühlt sich die Bauernpartei

jeder Verpflichtung zur Gesetzmäßigkeit enthoben

und hat wiederholt mit aller Offenheit erklärt, daß sie alle Mittel und Waffen des politischen Kampfes billige, die zur Herbeiführung des verfassungsmäßigen Zustandes und zur Sicherung freier Wahlen führen können. So hat denn auch die Versammlungskampagne der letzten Wochen einen ultimativen Charakter. Entweder geht die Regierung oder die Bauernpartei lehnt jede Verantwortung für die Folgen ab. Das war das Leitmotiv aller nationalgarantistischen Redner, die damit keineswegs die Revolution zu einem gewissen Termin ankündigen wollten, sondern nur einen politischen Standpunkt zum Ausdruck brachten, der die ernstesten Konsequenzen haben kann.

Als die Sozialdemokratische Partei den Kampfpakt mit der Bauernpartei abschloß, war sie sich der ganzen Tragweite wohl bewußt. Ohne sich die juristische Motivierung oder gar die politische Formulierung des nationalgarantistischen Standpunktes zu eigen zu machen, war sie von vornherein prinzipiell bereit, den

Kampf um die Demokratie mit allen dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln

zu führen. So trafen sich beide Parteien in ihrem Kampfwillen und in ihrem Ziele: der Demokratie.

Nun ist die letzte Warnung erteilt: in zehn riesigen Massenversammlungen, in denen nationalgarantistische und sozialdemokratische Redner sprachen, und in jener gewaltigen Straßendemonstration. Eine nationalgarantistische Deputation hat der Regenschicht die Forderungen zur Kenntnis gebracht und eine Regierung Rădău (Bauernpartei) zur Durchführung der Wahl verlangt. Aber die Regierung ist nicht gegangen und die Regenschicht hat nur versprochen, die überreichten Forderungen gerecht zu prüfen. Die letzte Warnung ist unbeachtet geblieben.

So tritt denn der Kampf in eine neue, die schwerste Phase. Gäbe es in Rumänien und vor allem im Altreich eine starke Arbeiterbewegung, der Kampf wäre wohl schon längst entschieden oder doch in seiner nunmehr wichtigsten Form: der bewußten Massenaktion, wesentlich erleichtert. Vorerhand kann die neue Taktik der Opposition nur durch ihre moralische Wirkung oder durch nicht direkt revolutionäre Aktionen zum Ausdruck kommen, wie etwa in der geplanten Massenversammlung von Alba Iulia, der Stadt, in welcher die Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien beschlossen wurde und in welcher nun autonomistische Parolen verkündet werden sollen.

Trotzdem ist die

Stellung der liberalen Regierung erschüttert.

Schon die Tatsache, daß sie zum offenen Terror nicht den Mut hat, ist ein Beweis dafür. Die außenpolitischen Misserfolge, besonders in der Orientfrage, und die innere Unzufriedenheit haben gleichermaßen zu ihrer Schwächung beigetragen. Drohend kündigt sich ein europäischer Horizont der Sieg der Linksparteien an. Neues Werden in Rumänien, das heute mehr denn je ein Land aller Möglichkeiten ist.

Dauerkrieg in Tripolitanien.

Erfolge der Senussi gegen die italienische Fremdherrschaft.

Das in Berlin erscheinende „Islam-Echo“ meldet aus Kairo:

Nach Informationen, die in Kgypten auf dem Karawanenwege eingetroffen sind, stellt sich die Lage in Tripolis wesentlich anders dar, als nach den offiziellen italienischen Kommunikationen. Danach entspricht die Mitteilung, daß sich einer der angesehensten Scheiks der Senussi Segid Ridda freiwillig und bedingungslos den Italienern unterworfen hat, nicht den Tatsachen. Zunächst steht fest, daß die von Segid Ridda geführten Stämme weiter im Kampf stehen und den Italienern heftigen Widerstand leisten. Die Kämpfe mit den Anhängern des Scheiks spielen sich hauptsächlich in der Gegend von Gerdabia ab. Sie sind für die Italiener sehr verlustreich gewesen.

Die Mitteilungen gaben auch eine völlig andere Version über die Unterwerfung Segid Riddas. Der Scheik hat nicht freiwillig die Waffen gestreckt, sondern ist zu Friedensverhandlungen in das italienische Lager gelockt worden. Bei dieser Gelegenheit wurde er

unter Bruch des Versprechens auf freies Geleis gefangen genommen

und nach Rom abtransportiert. Die anfänglich zu Verhandlungen bereiten Senussi haben als Antwort auf diesen Vertrauensbruch den Kampf auf der ganzen Linie wieder aufgenommen und eine Reihe erheblicher Erfolge erzielt.

Ein dreitägiger Kampf des Hauptkontingents der Aufständischen unter Führung Omar el Ruchars, des militärischen Leiters der antitalienischen Bewegung in Tripolis und in der Cyrenaika, hat mit einem

Sieg der Senussi

geendet und ihnen die Möglichkeit zu einem neuen Vorstoß auf die Küste gegeben, dem „Wabi el Kil“ zufolge ist ein Kontingent

Diese schönen Ostereier . . .



. . . legt der Kapitalismus alljährlich für die aus der Schule ins Leben tretende Jugend.

Der indische Boykott.

Schwere Bedrohung des britischen Textilabsatzes.

Kalkutta, im April. (Eigenbericht.)

In der Auseinandersetzung um die britisch-indische Verfassungskommission ist eine völlige Verschiebung der Kampflage eingetreten. Sowohl die Engländer wie die Inder haben die Taktik geändert, und beide Parteien haben zu neuen Mitteln gegriffen. Die Simons-Kommission hat nach der einmütigen Begehung aller parlamentarischen Institutionen, Auskünfte zu erteilen, die letzte Zeit ihres Aufenthaltes dazu benutzt, sich dadurch Material zu verschaffen, daß sie im Lande herumreiste und mit Hilfe der Behörden Entzweiten veranstaltete. Die zu diesem Zweck aufgetriebenen Gewährsmänner und angeblichen Vertreter offizieller Körperschaften sind häufig sehr sonderbarer Art, da der Boykott der Kommission von den großen politischen Parteien bis jetzt strikt durchgeführt worden ist. Daneben hat Sir John Simon seine Versuche fortgesetzt, die indische Einheitsfront zu brechen und die Liberalen, sowie einen Teil der Mohammedaner dadurch zur Aufgabe ihrer passiven Resistenz zu gewinnen, daß er für die nach Fertigstellung seines Berichts beginnenden Verhandlungen Konzessionen an die indischen Wünsche sagte. Die Anhänger des indischen Nationalkongresses machen sich darauf gefaßt, daß sie die Last des Widerstandes sehr bald allein zu tragen haben werden und sind darum auf der Suche nach neuen Waffen.

Die Propaganda des Boykotts englischer Textilwaren in Bengalen ist als Generalprobe für einen Wirtschaftskrieg gegen England nach Art des chinesischen gedacht.

Bater des Boykottgedankens und treibende Kraft der Propagandabewegung ist der Sekretär des indischen Nationalkongresses Subhendra Bose. Er spricht Abend für Abend in Massenversammlungen und sucht die bengalische Bewegung zum Modell für einen allindischen Boykott zu machen. Bis jetzt haben seine Ideen starken Widerhall gefunden. Sein Erfolg wird davon abhängen, in welchem Maße es ihm gelingen wird, eine Organisation zur dauernden Kontrolle und Aufrechterhaltung der Bewegung zu schaffen, denn nur ein Boykott, der sich auf einen

längeren Zeitraum erstreckt, wird für England spürbare Wirkungen erzielen.

Der Zeitpunkt der Boykottbewegung wie die materiellen Voraussetzungen sind günstig. Sie wird nicht nur die Unterfütterung der erregten Massen, sondern auch die indische Textilindustrie stärken, die den heiß umstrittenen indischen Markt erobern möchte. Jedenfalls sind die

Aussichten auf Bedrängung englischer Textilwaren aus Indien augenblicklich größer als 1906 beim ersten Boykott.

Damals produzierte die indische Textilindustrie ein Drittel ihrer heutigen Erzeugung und bedeckte nur ein Viertel des inländischen Bedarfs. Nach der Statistik von 1926 werden in Indien selbst bei einem Jahresstoffbedarf von 1529 Millionen Yards bereits 1954 Millionen Yards hergestellt.

Englands Stellung auf dem indischen Textilmarkt hat sich seit dem Kriege von Jahr zu Jahr verschlechtert. Seine Stoffzufuhr während der ersten 9 Monate 1927 zeigt einen Rückgang von annähernd 40 Proz. im Vergleich zum gleichen Zeitraum des letzten Vorjahres. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, daß die englische Textilindustrie durch einen auch nur einigermaßen geführten Boykott einen Stoß erhält, der auf ihre Stellung in Indien tödlich wirkt.

Englands Taktik ist klar. Die Aufgabe der Verfassungskommission besteht darin, Material für den Nachweis zu erbringen, daß Indien für die Selbstverwaltung noch nicht reif sei. Die Tätigkeit der Kommission ist in einer Form erfolgt, daß England seine Haltung Indien gegenüber moralisch rechtfertigen kann. Die Versuche der Inder, den Kampf vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet hinüberzutragen, lassen erkennen, daß

Englands indische Position keineswegs unverletzbar

ist und daß der Sieg der Politiker unter Umständen erst durch Opfer erkauft werden wird, die Englands Industrie vor allem aber Englands Arbeiterchaft teuer bezahlen müssen.

der Rebellen unter dem Kommando von zwei Unterführern Omar el Ruchars bis Buraba an der Küste der Cyrenaika vorgezogen und unbehelligt mit großer Beute an Waffen, Munition und Proviant in das Hauptquartier der Senussi zurückgeführt.

„Das Wunder der Heliane.“

Korngold-Premiere in der Städtischen Oper.

Ein ungeliebter König; Heliane, die Königin mit dem „Fremden“ in Liebe verbunden; nicht nur in der Gruppierung der Personen verrät sich die Herkunft von der Tristan-Dichtung. Nacht, Tod, Liebe, es sind die Mächte der Tristan-Welt, mit denen die Liebenden verbündet sind. Vereint gehen sie ins Jenseits ein; unter ihnen liegt, überwunden, das Reich des Herrschers, das Reich lieblos-roher Gewalt.

„Das Wunder der Heliane“: ein Mysterium des dreiundzwanzig-jährig verstorbenen österreichischen Dichters Hans Kallmeyer liegt zugrunde, und gewiß war es dichterisch reines Wollen, das ihn erfüllte. Aber alle Reinheit der Idee geht unter in der groben theatralischen Raube, in der schwülstigen, schändlich unechten Sprache des Nachdichters, richtiger Nachrichters, Hans Müller. Erich Wolfgang Korngold, der Komponist, ist dem dichterischen Urgrund immerhin nähergeblieben; aber es ist keine reine Atmosphäre, diese von Musik und kraftloser Erotik geschwängerte Luft, die er mit ungeheurem Aufwand an orchestralen Mitteln und orchestralen Können, weit geringerem an musikalischer Potenz erzeugt.

Die Geste der Ekstase steht diesem Musiker zu Gebote wie keinem anderen, er ist darin Meister, sie bestimmt seinen Stil, und in diesem Stil ist er groß. Er kommt, schwacher Nachfahre, aus der Welt

Wagners, er ist durch Strauß und Schreker hindurchgegangen, aber er hat, noch jung an Jahren, den christlichen Mut, offen zu bekennen, daß er nicht von der Welt unserer heutigen ist.

Aber Karlheinz Martin, der Regisseur, steht mitten in der Gegenwart. Der Herrscher, kalt-drohend, im Aufzug eines russischen Generals; Soldaten, die aussehen wie sibirische Infanterie; an Stelle des Scheiterhaufens, den der Textdichter vorschreibt, eine Guillotine; drum herum wildes Volk, als sollte nicht Heliane, sondern Danton geschlachtet werden — so sieht in der Aufführung der Städtischen Oper die „zeitlose“ Welt dieser Wunderoper aus.

Und dieser radikale Vorstoß ins Diesseitige, diese entschlossene Modernisierung verschwommener Opernsymbole, verhilft, nach der ermattenden ersten, der zweiten Hälfte des Abends zu unerwartet eindringlicher Wirkung, die zuletzt freilich, nun wieder ganz jenseitig, in einem Schlußbild von visionärer Schönheit gipfelt. Dieser Abend bringt, nicht als einzigen Gewinn, die stärkste Regieleistung des Opernwinters. Aber kein Wort des Lobes ist nötig, teils zu stark für das musikalische Wunder, das Bruno Walter aus der Aufführung gemacht hat. Als Heliane hat Grete Stüggold hinreichende Momente. Imposant, düster, nicht ohne Größe, der Herrscher Emil Schippers. Aber eine Vollkommenheit der Freunde: Hans Fibesser. Klaus Fringsheim.

„Schwarzweiß“ im Künstlertheater.

Eine weiße Frau bekommt ein schwarzes Kind. Aus dem Umstand, daß der legitime Ehemann auch weiß ist, ergibt sich der Stoff für die reizende, charmante, lustige Komödie „Schwarzweiß“ des französischen Schauspielers Socha Guity. Die unerhörte Kotte Regie (Ralph Arthur Roberts) und die famose Darstellung (doran Toelle, Müller, Roberts, Wegander) sichern dem Deutschen Künstlertheater einen Dauererfolg. dgr.

An die Arbeiter aller Länder!

Manifest des IGB. für den 1. Mai 1928.

Der Achtstundentag ist in Gefahr! Seit 1919 hat sich die Mehrheit der Regierungen geweigert, das Washingtoner Achtstundentagübereinkommen, das den Achtstundentag verallgemeinern sollte, durch die Parlamente ratifizieren zu lassen.

Das Unternehmertum hat diese Frist in zynischer Weise zu seinem Vorteil ausgenutzt und unter Berufung auf wirtschaftliche Schwierigkeiten versucht, wieder längere Arbeitszeiten einzuführen.

Die Gefahr ist heute dräuender als je! Hat doch die konservative britische Regierung, die der Reaktion im Kampfe gegen den Achtstundentag vorangeht, vor dem Internationalen Arbeitsamt eindeutig die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens gestellt!

Wenn sich das internationale Proletariat nicht mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzt und die Ratifizierung der Konvention nicht vor 1930 — dem Zeitpunkt der Revision — erzwingt, dann besteht die Gefahr, daß die Reform, für die die Arbeiter der ganzen Welt seit mehr als einem Vierteljahrhundert gekämpft haben, verloren geht.

Ein derartiges Verbrechen am Achtstundentag darf die Arbeiterklasse nicht zulassen! Eine Verstümmelung dieser wichtigsten sozialen Errungenschaft wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht!

Achtstundentag: das bedeutet einige Stunden der Ruhe für das Familienleben des Arbeiters, für seine geistige Erweckung und zugleich die Möglichkeit der Entwicklung seines vollen Menschentums.

Der Achtstundentag: das ist die Hoffnung des Proletariats auf Befreiung, das lebende Bewußtsein einer besseren Zukunft!

So ist die Pflicht der Arbeiterklasse von selbst vorgezeichnet:

Verteidigung des Achtstundentages mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften!

Wir fordern das internationale Proletariat auf, am 1. Mai, dem historischen Tag der Achtstundentagsforderung, sich zugunsten des Achtstundentages und zu seiner Rettung

zu einer mächtigen Protestkundgebung

zu erheben! Keinen Aufschub, kein Zuwarten mehr!

Die Regierungen haben den übernommenen, durch ihre Unterschrift beglaubigten Verpflichtungen gemäß zu handeln. In allen Parlamenten muß die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens zur Behandlung gestellt werden! Die unbeugsame Haltung der organisierten Massen muß die nationalen Gesetzgebungen zwingen, endlich zur Ratifizierung zu schreiten! Es geht

um Wohlfahrt, um Freiheit und Zukunft der Arbeiterklasse

in diesem Kampfe, um den Achtstundentag: ihn mit erneuter, mit unbefleglicher Kraft zu führen, muß der unverbrüchliche Wille der Arbeiter aller Länder sein!

Ein Scheitern des Achtstundentages würde einen neuen Wirtschaftskrieg zwischen den Völkern entzünden; der widerliche kapitalistische Konkurrenzkampf würde neue Verheerungen in der Arbeiterklasse anrichten, der Imperialismus, diese stärkste und latente Kriegsgefahr, neue Orgien feiern!

Die Rechte der Arbeiter, die bereits erzielten sozialen Reformen und der Frieden der Welt sind in Gefahr!

Das internationale Proletariat wird angesichts all dieser Bedrohungen zu zeigen haben, daß hinter seinem großen Namen die lebendige Kraft und der tatbereite Wille der Massen stehen!

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

- L. Jouhaux (Frankreich)
- C. Mertens (Belgien)
- J. Pelsart (Deutschland)
- R. Lanerle (Tschechoslowakei)
- C. Radsen (Dänemark)
- Joh. Sassenbach (Sekretär)

Die richtige Antwort.

In der Farbenfabrik der Firma Henschl-Beringer A.-G. gelangte vor einigen Tagen folgende Bekanntmachung zum Aushang:

„Der Obmann B. wird ohne unsere Genehmigung für eine Organisation unter Angaben, die wir nicht billigen. Die Verbündungen, auch während der Arbeitspausen, sind unstatthaft und haben zu unterbleiben.“

Wir erklären hiermit, daß allen unseren Angestellten derjenige Lohnsatz zugestimmt wird, den wir mit ihnen als angemessen vereinbaren.

Eine Zurücksetzung des einzelnen, weil nicht organisiert, findet nicht statt.

Ein „nicht“ organisierter Arbeiter wird bei uns nicht schlechter gestellt, als ein „organisierter“.

Charlottenburg, den 30. März 1928. gez. Henschl.

Ein zweites Mal besagt: „Das Werben für die Verbände, auch für den Fabrikarbeiterverband, in der Fabrik auch während der Arbeitspausen ist unstatthaft und hat zu unterbleiben.“

Geschlecht dies trotzdem, wird der Betreffende entlassen und behalte ich mir Weiteres vor.

Charlottenburg, den 30. März 1928. gez. Henschl.

Da die Mehrheit der im Betriebe Beschäftigten freigewerkschaftlich organisiert ist, haben die Bekanntmachungen mehr Heiligkeit als Kröcher hervorgerufen.

Die Arbeiterklasse denkt nicht daran, ihre erworbenen Koalitionsfreiheiten preiszugeben. Derart veraltete Unternehmensmoralen haben mit dazu beigetragen, daß die Gewerkschaften groß und stark geworden sind. Auch in diesem Falle werden die noch bei Henschl beschäftigten Unorganisierten darüber nachdenken, warum sie von ihrem Koalitionsrecht keinen Gebrauch machen sollen. Herr Henschl selbst scheint überdies mit der Verfassung des Deutschen Reiches vom Jahre 1919 noch wenig vertraut zu sein. Die Vereinigungsfreiheit gilt doch nicht nur für die Unternehmer.

Wie uns mitgeteilt wird, wollen jetzt die wenigen Unorganisierten, die noch bei der Firma beschäftigt sind, sich ebenfalls dem Fabrikarbeiterverband anschließen. Die Firma wird damit gründlich von der Sorge befreit, wie Unorganisierte den Gewerkschaften ferngehalten werden können.

Tarifabschluss für Graveure und Ziseleure.

Für die Graveure, Ziseleure und Helfer in den Innungsbetrieben sind die Arbeitsbedingungen durch Reichstarifvertrag geregelt. Die Lohnregelung erfolgt ebenfalls zentral, woraus das Reichsgebiet in drei Tarifkreise eingeteilt ist. In allen drei Tarifkreisen hat der Metallarbeiterverband die Lohnabkommen gekündigt und eine Aufbesserung der Löhne gefordert. Für den Tarifkreis I, unter dem auch Berlin fällt, war zuerst gefordert worden, die Tarifspitzenlöhne von 1,08 M. auf 1,30 M. zu erhöhen. Diese Forderung wurde auf 1,20 M. gekürzt, falls in Magdeburg, Dresden und Annaberg-Buchholz die niedrigeren Tariflöhne an die Berliner Löhne, mindestens aber an die Leipziger Löhne herangebracht werden.

In den zwölfstündigen Verhandlungen am Dienstag wurde für den Tarifkreis I eine Vereinbarung getroffen, wonach für Berlin die Tarifspitzenlöhne der über 24 Jahre alten Arbeiter ab 1. April um 6 Pf. und vom 1. Oktober bis 31. März 1929 um einen weiteren Pfennig erhöht werden sollen. Die Löhne der Arbeiter in Magdeburg und Dresden sollen in zwei Stappen an die Leipziger Löhne herangebracht werden. Für Annaberg-Buchholz soll wegen der gleichen Forderung noch einmal verhandelt werden.

Außerdem wurde ein Nachtrag zum Reichsmanteltarif vereinbart, wonach für die ersten beiden Ueberstunden ein Zuschlag von je 25 Proz., für die dritte Stunde von 50 Proz., für jede weitere Ueberstunde und für Sonn- und Feiertagsarbeit 100 Proz. zu zahlen sind.

Die Berliner Graveure und Ziseleure billigten nach eingehender Aussprache einstimmig den Abschluß ihrer Lohnkommission, zumal für die übrigen beiden Tarifkreise eine ähnliche Vereinbarung getroffen wurde.

Streik in der Textilindustrie Bayerns.

Die Aussperrung angedroht.

Hof, 5. April.

Bei der neuen Baumwollspinnerei und -weberei und der Spinnerei Reuhof sind Donnerstag nachmittag die Maschinenisten, Heizer und Schlosser wegen Lohnstreitigkeiten nicht zur Arbeit erschienen. Da die Aufrechterhaltung der Betriebe aus diesem Grunde nicht möglich ist, wurde der gesamten Belegschaft durch Anschlag gekündigt. Von dem Streik werden insgesamt 2800 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

Schiedspruch in der Lederindustrie.

Neue Löhne in Sachsen.

Für die sächsische Lederindustrie wurde im tariflichen Oberbundesamt ein einstimmiger Schiedspruch gefällt, wonach der tarifliche Stundenlohn in der Spinde am 1. April um 5 Pf. und ab 1. Oktober um weitere 3 Pf. erhöht wird. Die übrigen Sätze regeln sich nach der tariflichen Staffel. Die Akkordsätze werden im gleichen prozentualen Verhältnis (92 Proz.) erhöht. Arbeiter und Unternehmer haben den Schiedspruch angenommen. Danach gelten in der Spinde für Arbeiter über 21 Jahren folgende Lohnsätze: Ortsklasse I ab 1. April 92, ab 1. Oktober 95 Pf., Ortsklasse II 87 und 90 Pf., Ortsklasse III 85 und 87 Pf. Der Mindestlohn im Akkord beträgt ab 1. April in Ortsklasse I 106, ab 1. Oktober 109 Pf., in Ortsklasse II 100 und 103 Pf., in Ortsklasse III 98 und 100 Pf.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr. Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet. Am Ostermontag, 7. April 1928, bleiben untere Kassen und Bureau für den Verkehr mit der Sparkasse geschlossen.

Die Geschäftsstelle des Ortsverbandes Berlin des IGB-Bundes steht vom 6. bis einschließlich 10. April 8. 3. geschlossen.

Deutscher Werkmeisterverband. Des Osterfestes wegen bleiben bis Dienstag, 10. April, 9 Uhr, geschlossen.

Musikaufträge

Übergibt man mit dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Rummelsburgerstr. 63/64, Dönhof 827—74, Bestelldatum 9—3, Sonntag 10—3 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

Der Chauffeurstreik bei H. Tich geht weiter.

Die Firma Stupp hat Zeit — die Streikenden auch!

Die Chauffeure der Firma Stupp, die die Lieferautos des Warenhauses Hermann Tich fahren, sind am Mittwoch früh in den Streik getreten, weil die Firmenseitung jede Lohnhöhung glatt abgelehnt hat, trotzdem die Chauffeure schon seit drei Jahren keine Lohnzulage mehr erhalten haben. Der Verkehrsverband fordert für die Chauffeure eine zehnprozentige Lohn-erhöhung. Da das Lohnabkommen rechtzeitig gekündigt wurde, war eine friedliche Verständigung bereits vor dem Tarifabschluss Ende März sehr gut möglich. In einer persönlichen Aussprache erklärte Herr Stupp dem Organisationsvertreter, über die Beilegung des Konfliktes nicht vor dem 12. April verhandeln zu können. Dieser Tag war schon vor Ausbruch des Streikes als Verhandlungstermin festgelegt worden.

Über dieses „Verhandlungsergebnis“ berichtete gestern Abend Genosse Buchert vom Verkehrsverband in einer überfüllten Versammlung der streikenden Chauffeure. Er erwähnte die Streikenden, trotz dieses negativen Ausgangs der Verhandlungen auch nach den Feiertagen genau so geschlossen zusammenzustehen, wie bisher. Die Organisation wird alles daran setzen, den Streik zum vollen Erfolg zu führen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, die mehr als berechnigte Forderung der Streikenden reiflos durchzusetzen.

In der Diskussion bekundeten alle Redner eindeutig ihren Willen, diesen Existenzkampf nicht eher abzugeben, bis die Firma Stupp ihre Hartnäckigkeit aufgegeben hat.

Der Streik bei den Isolatorwerken Pantow

In einer Streikversammlung, in der Krüger vom Fabrikarbeiterverband den Situationsbericht gab, wurde festgestellt, daß die Bemühungen der Firma, die Streikenden wankelmütig zu machen, vollkommen mißlungen sind. Es herrscht unter den Streikenden eine außerordentlich gute Kampfes- Stimmung und der feste Wille, durchzuhalten bis zum endgültigen Sieg. Krüger betonte noch ausdrücklich, was auch vom Genossen Riedel vom Deutschen Metallarbeiterverband unterstrichen wurde, daß dieser Kampf den Organisationen auszuwachen worden ist. Die Organisationen haben sich stets bemüht, eine Verständigung zwischen der Firma und der Arbeiterchaft herbeizuführen. Diese Versuche sind jedoch an dem geradezu reaktionären Verhalten der Firma gescheitert.

Es wurde ferner von Krüger hervorgehoben, daß die Organisationsleitung auch jetzt noch jederzeit bereit ist, zu verhandeln, wenn die Firma es wünscht. Voraussetzung sei jedoch, daß die Firma Entgegenkommen zeigt in der Lohn- und Akkordfrage und ihre Abbaumassnahmen unterläßt.

Der Firma ist es wohl gelungen, einige Arbeitswillige zu finden, doch daß sie mit diesen nicht produzieren kann, darüber sind sich die Streikenden vollkommen klar.

(Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.)

Einigung im Berliner Konditorgewerbe.

Der Lohnkonflikt im Konditorgewerbe wurde am Donnerstag durch Verhandlungen beim Schlichter beigelegt. Die Gehilfen erhalten eine Lohnzulage ab 1. April von 3 Mark monatlich, ab 1. Oktober noch 1 Mark. Die eingeleitete Streikbewegung ist somit aufgehoben. Die Mitglieder des Deutschen Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes, haben sich nähere Informationen vom Verbandsbureau zu holen.

Die Postgewerkschaft zum Tarifabschluss.

Die Mitgliederversammlung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft im Deutschen Verkehrsband nahm am 4. April im Dresdner Kasino Stellung zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Den Bericht gab Ballenthin vom Bundesvorstand.

Dasselbe Unrecht, das an den Beamten bei der Verabschiedung der Befolgung wieder gutzumachen war, hätten im gleichen Umfang auch die Arbeiter zu befragen. Wenn die Forderung der Organisation durch den Minister auch anerkannt wurde, so lehnte es das Reichskabinett des Bürgerblocks jedoch ab, auch den Arbeitern sofort zu ihrem Recht zu verhelfen. Nur die Ortslohnzulagen wurden von 40 auf 46 Proz. erhöht.

Die Verhandlungen über den Lohnsatz und die §§ 3 bis 10 und

13, 14 und 15 des Manteltarifs wurden durch eine Denkschrift der Organisation nachdrücklich unterstützt, indem die Löhne vom Jahre 1914 den heutigen gegenübergestellt wurden. Aber auch die elende Lebenshaltung der Arbeiter der Deutschen Reichspost wurde in der Denkschrift dargestellt. Die Vertreter des Reichspostministeriums lehnten zuerst jedes Angebot ab. Nach Bekanntgabe des Schieds- spruchs für die Eisenbahner wurde ein Angebot von 3 Pf. gemacht, da die Regierung es nicht billigen könne, wenn die Deutsche Reichspost über den Schiedspruch hinausginge. Die Organisation lehnte dieses Angebot entschieden ab.

Wenn die Vertreter der Deutschen Reichspost schließlich doch das letzte Angebot der Arbeiter angenommen haben, so sei dies ein Beweis für die Stärke des Verbandes. Für die 24 Jahre alten Arbeiter wurde der Grundlohn und der Ortszuschlag für die Stunde von 5 bis 10 Pf. erhöht. Für die Telegraphenarbeiter konnte eine Verbesserung der Arbeitszeit erreicht werden. Einen wesentlichen Fortschritt bildete die Bauwerk- gütung, die einheitlich allen im Telegraphenbau Beschäftigten gewährt wird. Auch für die Stundenhelfer seien wesentliche Verbesserungen erzielt worden. Die Vereinbarungen gelten bis zum Jahreschluss.

In den letzten Tagen sei noch von außenstehenden Kreisen ver- geßlich versucht worden, das Reichspostministerium zu bewegen, von der Vereinbarung zurückzutreten. Nicht alle Forderungen seien erfüllt, aber ein weiterer Fortschritt gemacht worden. Es gelte daher, die Organisation noch mehr zu stärken.

Aus Hugenberg's Telegraphen-Union.

Man schreibt uns: Kürzlich wurden in einer Betriebsversammlung der Angestellten der Telegraphenunion geradezu tolle Zustände ans Tageslicht gebracht, unter denen die Angestellten in diesem Hugenberg'schen Unternehmen zu leiden haben. Die Arbeits- räume sind gesundheitlich völlig unzureichend. Es fehlt hier an genügender und geeigneter Belüftung, Lüftung und Heizung. Die Toilettenfrage ist in lässlich primitiver Weise geregelt. Es wird sogar behauptet, daß Arbeitsräume benutzt werden, die baupolizeilich gesperrt sind.

Geradezu jammervoll sind aber die Gehälter, die den Angestellten dort gezahlt werden, und die auf einem Durchschnittsniveau von 120 bis 130 Mark monatlich liegen. Ein 34jähriger Angestellter bezieht z. B. ein Bruttolohn von 120 Mark, so daß ihm nach Abzügen ungefähr 107 Mark für den ganzen Monat bleiben. Dafür wird aber eine qualifiziertere Arbeitsleistung von ihm verlangt.

Die „Großzügigkeit“ der Firma besteht anscheinend nur darin, die einzelnen Angestellten gegeneinander auszuspielen. Als die Angestellten einer Abteilung gemeinsam eine Gehaltserhöhung verlangten, schrieb die Geschäftsleitung im wilhelminischen Rand- bemerkungsstil auf das Gesuch: „Kollektivanträge nimmt die Direktion nicht entgegen.“

Hoffentlich werden die Angestellten sich endlich dazu aufraffen, durch lückenlose Organisation im IGB eine Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse bei dieser schwer verdienenden Firma durchzu- setzen.

Neue Tariflöhne der Steinseher.

Die Verhandlungen der paritätischen Schlichtungskommission für den Tarifbezirk Berlin und der Provinz Brandenburg führten zur folgenden Lohnvereinbarung:

ab 5. 4. bis 26. 9. 28	ab 27. 9. 28 bis 31. 3. 29
Steinseher 1,63 M.	Steinseher 1,65 M.
Steinhauer 1,63 „	Steinhauer 1,65 „
Rammer 1,48 „	Rammer 1,50 „
Hilfsarbeiter bei Stein- seherarbeiten 0,98	Hilfsarbeiter bei Stein- seherarbeiten 1,—

Dazu kommt wie bisher das Bahnarbeitsgeld resp. die Ferien- entschädigung und das Fahrgehd. Alle anderen Bestimmungen des Tarifvertrages bleiben in Kraft.

Die Löhne der bei Erdarbeiten, Kabel und Leitungsraben, Gleisbauern und Chauffeebauern beschäftigten Hilfsarbeiter, soweit sie unter den Tarifvertrag für das Steinsehergewerbe fallen, sind noch nicht endgültig festgelegt.

Die Vereinbarung entspricht zwar nicht den Wünschen der Arbeiter, doch hat sie den Vorteil, daß die Lohnhöhung in gleicher Höhe (nicht prozentual) die Löhne sowohl der Facharbeiter als der Hilfsarbeiter trifft, was bei der Beurteilung dieser Vereinbarung unbedingt zu berücksichtigen ist.

DUNLOP

der beste
Fahrradreifen



Frühmorgens, wenn die Hähne kräh'n, geht leht alle Tage dasselbe Käsekraten los: Wie wird das Wetter? — Wird es zu Ostern schön trocken und sonnig sein, warm, wie an diesen wunderschönen letzten Frühlingssonntag, oder wird ausgerechnet an den beiden Ostertagen die eigentlich schon längst fällige Regenmenge auf alle neuen Frühjahrshüte herabgießen? — Ach, verregnete Feiertage wären für alle reichlich fatal, aber es gibt Leute, für die von dem guten Feiertagswetter ja noch bedeutend mehr abhängt: Alle Besitzer von Ausflugslokale in der näheren und weiteren Umgebung Berlins, für die die Ostertage die ersten Erntetage des neuen Jahres sind, hoffen inbrünstig auf gutes Osterwetter. Aber: „Hoffen und Harren...“ Nur zu oft schon haben sie ihre Hoffnungen im wahren Sinne des Wortes zu Wasser werden. Nun sind endlich die Versicherungssachleute auf die geheime Idee gekommen, daß man sich gegen solcherlei Betriebsunfälle eigentlich genau so gut versichern könne, wie gegen Einbruch, Feuer, Hagelschlag oder Viehstehlen. Gegen Zahlung der verschiedenen Prämienätze kann man sich leht entweder auf einfache Erstattung der Unkosten oder sogar auf Erstattung des entgangenen Gewinnes versichern. Die Sache ist ganz einfach, und es ist dafür gesorgt, daß alles ordentlich und richtig zugeht: Die nächstgelegene meteorologische Beobachtungsstation spielt sozusagen den „Unparteiischen“, und sobald ihre Apparate an den versicherten Tagen eine Regenmenge registrieren, die über der Versicherungsgrenze liegt, ist der Versicherte berechtigt, von der Gesellschaft den Ersatz seiner Unkosten oder seines Schadens zu verlangen. Wer aber auch der meteorologischen Station mißtraut, oder wenn sie zu weit abgelegen ist, der kann sich auch einen eigenen Regenmesser aufstellen, an dem dann ein Kontrollobeamter in seinem Besitze die Regenmengen abliest.

Aus einer der Polizien kann man übrigens auch erfahren, welche Regenmenge bei uns als richtiges, hundertprozentiges Hundewetter angesehen wird: Bei einer Regenmenge von 2—3 Millimeter vergütet die Gesellschaft nur 30 Proz. der Unkosten, bei einer Niederschlagsmenge von 3 Millimeter ab 60 Proz. der Unkosten und bei einer Niederschlagsmenge von 4 Millimeter und mehr gibt der Tag als total verregnet, die Gesellschaft zahlt die volle versicherte Summe aus. Alle Unkosten, Löhne, Anschaffungen an Nahrungsmitteln, Blahmieten usw. werden ersetzt. Ganz vorläufige Beude können sich sogar gegen den Gewinnausfall infolge Regenwetters versichern lassen, die Gesellschaft zahlt dann eben die Differenz zwischen den niedrigen Einnahmen des verregneten Tages und der versicherten Summe. Freilich muß man

die Versicherung rechtzeitig abschließen, mindestens zehn Tage vor dem gewünschten Termin, denn sonst wären die Chancen für die Gesellschaft doch zu ungünstig.

Diese Regenversicherung ist nun durchaus nicht nur eine Angelegenheit, die nur die Inhaber der Restaurations- oder Hotelbetriebe interessiert, auch für Sportvereine bedeutet sie eine erhebliche Erleichterung. Wie oft kann nicht ein Verein durch regnerisches Wetter an den Spieltagen schwer geschädigt werden, wenn den sich unvermeidlichen Ausgaben an Platzmiete, Propagandakosten und dergleichen nicht die erhofften Einnahmen beigestellt werden. Da wird es oft viel praktischer sein, wenn man sich von vornherein das Risiko des verregneten Sportfestes vom halses schafft und zu den anderen Unkosten auch noch die Prämie für die Versicherung zahlt.

Heute Start der Ozeanflieger?

London, 5. April.

Nach den am heutigen Spätabend aus Dublin vorliegenden Berichten wird dort mit Bestimmtheit damit gerechnet, daß die deutschen Flieger morgen früh zu ihrem lange verzögerten Transatlantikflug aufsteigen werden. Die Wetterbedingungen sind ziemlich günstig. Die „Bremen“ wurde heute wieder mit Brennstoff beladen und ist für den Start in jedem beliebigen Augenblick fertig. Auf dem Flugplatz in Baldonell sind besondere Vorkehrungen für den Start der „Bremen“ getroffen worden. Eine Anlaufstrecke von 45 Meter ist ausgemessen worden, weitere 45 Meter sind mit Eisenbahnschwellen belegt worden. Hierdurch will man sich eine gewisse Unabhängigkeit von den Wetterbedingungen beim Start machen, da der Flugplatz infolge des Regens der letzten Tage sehr aufgeweicht ist. Gleichzeitig verläuft von wohlinformierter Seite, daß an Stelle des vor einigen Tagen nach Deutschland zurückgekehrten zweiten Piloten der „Bremen“, Spindler, der Befehlshaber der irischen Luftstreitkräfte, Kommandant Fitzmaurice, fungieren wird. Fitzmaurice machte im September vorigen Jahres einen Versuch, von Irland nach New York zu fliegen, mußte jedoch nach 300 Meilen wieder zurückkehren.

Dublin, 5. April.

Wie aus Baldonell gemeldet wird, lassen die Berichte über die Wetterlage eine erhebliche Wendung zum günstigen erkennen. Man erwartet, daß morgen früh die deutschen Ozeanflieger nunmehr den Flug nach Amerika antreten. Die Brennstoffvorräte der „Bremen“ sind aufgefüllt worden und das Flugzeug bereitgestellt, so daß es jeden Augenblick starten kann.

Drei russische Nordbrenner gesucht.

Ein grauenhaftes Verbrechen noch ungeführt.

Ungeführt ist bis auf den heutigen Tag ein Verbrechen geblieben, das, im Jahre 1920 von drei Russen verübt, seinerzeit durch seine furchtbare Rohheit Entsetzen erregte. Besondere Umstände veranlassen die Polizeibehörden, erneut nach den Tätern zu fahnden.

Am 1. November 1920 erschienen auf der abseits von dem Dorf Alt-Karow bei Stolp in Pommern gelegenen Besitzung des Landwirts Paul Wolf drei Russen, von denen der eine auf dem Hofe gut bekannt war, weil er als Kriegsgefangener lange Zeit auf einem Rauhbargehöft gearbeitet hatte. Es war ein jetzt 34 Jahre alter aus Tomsk gebürtiger Alex Schmidt, der sich auch „Nowikow“ und „Nowiak“ nannte. Die beiden anderen wurden später als ein Landarbeiter Paul Charitonow, der aus Baruk in Kreize Wenez, Gouvernment Tula stammt und ein Arjanj Schiroshow festgestellt. Die Familie Wolf nahm die drei gastfreundlich auf und bereitete ihnen auf Wunsch Schmidts Kaffee und Abendbrot. Plötzlich erhob sich Charitonow und ging hinaus. In demselben Augenblick stredte einer der beiden anderen Wolf durch einen Herzschuß tot zu Boden. Dann fielen beide mit Messern über die 80jährige Mutter des Erschossenen, die Witwe Marie Wolf, seine Ehefrau und seine beiden 14 und 12 Jahre alten Söhne Arthur und Alfred her und stachen blindlings auf sie ein, so daß alle schwer verletzt zu Boden sanken. Darauf erbrachen die Russen alle Schränke in der Wohnung und holten 12000 Mark in Papier- und Silbergeld heraus. Um die Spuren des Verbrechens zu vernichten, warfen die Räuber Bettzeug, Stroh und andere Sachen auf die am Boden liegenden Schwerverletzten, begossen alles mit Petroleum und zündeten es an. Hierauf verließen die Nordbrenner mit ihrer Beute die Behausung. Von außen her sahen sie dann aber,

daß die Ehefrau Wolf wieder zu sich gekommen war und das Feuer löschte. Darauf kehrte einer der Verbrecher in die Wohnung zurück, stach noch einmal auf alle Verletzten ein und legte den Brand noch einmal an. Bevor aber das Feuer weiter im sich griff, rafften sich die Opfer wieder auf und es gelang ihnen abermals, den Brand zu löschen. Die Räuber waren unterdessen verschwunden. Die große Witwe Wolf war so schwer verletzt, daß sie nach wenigen Tagen ihrem Sohne in den Tod folgte.

Zwar gelang es zunächst, den Charitonow festzunehmen, der aber wieder entfloh. Die beiden anderen jedoch waren unauffindbar, auch Charitonow war und blieb verschwunden. Nach Lage der Sache ist nicht anzunehmen, daß die drei nach Rußland zurückgekehrt sind, viel wahrscheinlicher ist, daß sie sich noch in Deutschland, vielleicht in Berlin, aufhalten. Schmidt hatte in Alt-Karow ein Verhältnis mit einer gewissen Luise Wittenberg angeknüpft. Das Mädchen hatte ihm dann ein Kind geboren, aber beide, Mutter und Kind, sind spurlos verschwunden. Schmidt-Romikow ist 1,74 Meter groß und schlank und spricht Deutsch, Russisch und Polnisch. Charitonow ist 1,88 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, eine spitze Nase, blaue Augen und auf der linken Wange ein beulenartiges Gewächs. Auf einer Hand ist zwischen Daumen und Zeigefinger ein Unterzähnwirt. Schiroshow ist noch etwas kleiner, nur 1,65 Meter groß, aber kräftig, hat ebenfalls dunkelblondes Haar, einen dunklen Schnurrbart, der kurz geschnitten ist und eine Eisspitze. Er spricht außer Russisch etwas Deutsch und Polnisch. Mitteilungen über das Aussehen der Luise Wittenberg, deren Ermittlung wohl auf die Spur der Verbrecher führen würde und der Verbrecher selbst, nimmt die Mordinspektion A. im Berliner Polizeipräsidium entgegen.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Mr. Barnstaple solle bedenken, daß in der Vergangenheit Utopiens, im Zeitalter der Verwirrenheit, jeder Mensch mit einem verkrüppelten oder verschrobene Willen, verstrickt in Hemmungen der Eitelkeit oder verführt durch richtig erscheinende Täuschungen, aufgewachsen sei. In Utopien herrsche immer noch die Ansicht, daß die menschliche Natur, im Grunde genommen, tierisch und wild sei und den sozialen Notwendigkeiten angepaßt werden müsse, aber Utopien habe die besseren Methoden dieser Anpassung gelernt — nach endlosen Fehlern, begangen infolge von Zwang, Grausamkeit und Betrug.

„Auf Erden zähmen wir unsere wilden Tiere mit glühenden Eisen, und unsere Menschenbrüder durch Gewalt oder Betrug,“ sagte Mr. Barnstaple und schilderte seinem ungläubigen Gefährten die Schulen, Bücher, Zeitungen und öffentlichen Verhandlungen des zwanzigsten Jahrhunderts. „Du kannst dir nicht vorstellen, wie verprügelt und ängstlich sogar anständige Leute auf der Erde sind. Du lernst in eurer Geschichte vom Zeitalter der Verwirrenheit, aber du weißt nicht, wie in Wirklichkeit eine schlechte geistige Atmosphäre, eine Atmosphäre schwacher Gesetze, des Hasses und der Vorurteile, wirkt. Wenn die Nacht über die Erde hereinbricht, gibt es stets Hunderttausende, die schlafen sollten, aber mach dasitzen und einen rücksichtslosen Menschen, eine grausame Konkurrenz fürchten, voll Angst, daß sie etwas verfaulen könnten, krank an einem Leiden, das sie nicht verstehen, betrübt durch irgendeinen unvernünftigen Streit, verrückt gemacht durch einen verbogenen Instinkt oder eine unterdrückte und perverse Begierde.“

Crytall gab zu, daß es schwer sei, sich jetzt das Elend im Zeitalter der Verwirrenheit vorzustellen. Ein großer Teil der täglichen Not auf Erden sei hier unverständlich. Sehr langsam habe Utopien seine gegenwärtige Harmonie der Gesetze, Sitten und Erziehung entwickelt. Der Mensch sei nicht mehr verkrüppelt und unterdrückt; es sei anerkannt, daß er im Grunde ein Tier sei und daß sein tägliches Leben dem Kreislauf befriedigter Begierde und gelöster Instinkte folgen müsse. Das Gewebe des utopischen Alltags sei durchflochten

von mannigfaltigen anregenden Speisen und Getränken, von freier und unterhaltender Übung und Arbeit, von lindem Schlaf, von der Anregung und der Freude fruchtlosen und harmlosen Liebespiels. Verbote gebe es fast gar nicht, aber wenn das Tier gesättigt und befriedigt sei, dann beginne die Wirkung der utopischen Erziehung. Die treibende Kraft, die Utopien aus den Verirrungen des menschlichen Lebens herausgeführt habe, sei Wüßbegierde, der Spieltrieb, der sich im Leben der Erwachsenen zu einem unersättlichen Appetit auf Wissen zu einem meist schöpferischen Drang ausgedehnt und ausgeweitet habe. Alle Utopien seien wie kleine Kinder Schüler und Bastler geworden.

Es war merkwürdig, diesen Knaben so offen und klar über das Erziehungsverfahren, dem er selbst unterworfen war, erzählen zu hören, und besonders, daß er so freimütig über Liebe sprechen konnte.

Eine irdische Befangenheit hielt Mr. Barnstaple fast von der Frage zurück: „Und du — liebst du nicht?“

„Ach empfind das und da Neugierde,“ sagte der Knabe, indem er offenbar dies aussprach, was man ihn gelehrt hatte, „aber es ist nicht notwendig, noch beförmlich, zu früh im Leben der Liebe zu pflegen oder sich der Begierde ganz zu überlassen. Es schwächt die Jugend, zu früh von der Begierde beherrscht zu werden — die einen oft nicht wieder losläßt. Sie verdirbt und lähmt die Einbildungskraft. Ich möchte tüchtige Arbeit leisten, wie es mein Vater vor mir getan hat.“

Mr. Barnstaple sah das schöne junge Profil an seiner Seite an und wurde plötzlich durch Erinnerungen an ein gewisses Zimmer Nr. 4 in der Schule gepöngt, an gewisse häßliche Phasen seiner Jünglingszeit, an den schwülen, verstickten Raum, die heiße und scheußliche Lat. Er fühlte sich als einen gemeineren Erdling denn je. „Ach Gott,“ seufzte er. „Gute Welt ist ja so rein wie Sternennacht und so töstlich wie kaltes Wasser an einem schwülen Tage.“

„Ich liebe viele Menschen,“ sagte der Junge, „aber nicht mit Leidenschaft. Eines Tages wird das kommen. Aber man soll nicht zu begierig und erpicht auf leidenschaftliche Liebe sein, oder man spielt Komödie und hascht nach einem Tragbild. Es hat keine Eile. Niemand wird mich hindern, wenn meine Zeit kommt. Alles Gute kommt zu seiner Zeit.“

Aber auf Arbeit wartet man nicht; seit es die Angelegenheit eines jeden ist, geht man frisch daran. Crytall

dachte sehr viel an die Arbeit, die er vorhatte. Es schien Mr. Barnstaple, daß Arbeit im Sinn einer aufgezwungenen Bürde aus Utopien fast verschwunden war. Dennoch arbeitete alles in Utopien. Jeder leistete eine Arbeit, die seiner natürlichen Anlage angemessen war und die Phantasie des Arbeitenden anregte. Jeder arbeitete mit Freude und Eifer — so wie jene, die wir auf unserer Erde Genies nennen.

Auf einmal war Mr. Barnstaple mitten im Erzählen, wie glücklich der wahre Künstler, der wahre Gelehrte und sogar nur der Mann von Persönlichkeit heutzutage auf der Erde seien. Auch sie leisteten eine Arbeit, aus freien Stücken, die ihrer eigenen Natur gemäß auf große Ziele gerichtet ist, wie bei den Utopen. Sie seien von allen Erdlingen am meisten zu beneiden.

„Wenn solche Männer auf der Erde nicht glücklich sind,“ sagte Mr. Barnstaple, „so deshalb, weil die Gemeinheit an sie heranreicht und sie sich noch um den schmutzigen Beifall, um Ehrungen und die günstige Meinung des Pöbels kümmern und weil sie immer noch Vernachlässigung und Beengung fühlen, die sie nichts mehr angehen sollte. Aber für denjenigen, der den Sonnenchein Utopiens gesehen hat, kann sicherlich die höchste irdische Ehre und Auszeichnung nicht mehr bedeuten und nicht begehrenswerter sein, als die schmeichelhafte Anerkennung eines Riggerhäuptlings oder eine Schnur Glasperlen.“

Crytall war noch in dem Alter, in dem man auf seine Tüchtigkeit stolz ist. Er zeigte Mr. Barnstaple seine Bücher und erzählte ihm von seinen Lehrern und Aufgaben.

Utopien machte noch von gedruckten Büchern Gebrauch, Bücher waren noch der einfachste, geradeste Weg, um Schlussfolgerungen dem Geist zu vermitteln. Crytalls Bücher waren prachtvoll in schmiegsames Leder gebunden, das seine Mutter für ihn bearbeitet hatte, und waren aus handgeschöpftem Papier hergestellt. Die Schrift selbst war eine fließende Lautschrift, die Barnstaple nicht verstehen konnte. Sie erinnerte ihn an Arabisch; zahlreiche Skizzen, Grundrisse und Diagramme waren eingestreut. Crytall wurde während seiner Ferien beim Studium von einem Lehrer beraten, für den er eine Art Übungsbericht vorbereitete, und ergänzte seine Lektüre durch Besuche von Museen; doch im Tal des Friedens war kein Erziehungsmuseum vorhanden, das für einen Besuch Mr. Barnstaples geeignet gewesen wäre.

(Fortsetzung folgt.)

Gastod eines Ehepaares.

Ein Nervenseiden trieb sie gemeinsam in den Tod.

In ihrer Wohnung im Hause Reichenberger Straße 72a wurden gestern Abend der 33jährige Bauarbeiter Georg Polich und seine gleichaltrige Frau Elisabeth durch Gas vergiftet leblos aufgefunden. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehrt konnte den Gasvergifteten keine Hilfe mehr bringen.

Polich bewohnte im Seitenflügel eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung. In letzter Zeit verschlimmerte sich ein Nervenseiden des Mannes, eine Folge des unseligen Krieges, derart, daß er kaum noch seinem Beruf nachgehen konnte. Schließlich sah das Ehepaar den einzigen Ausweg in einem gemeinsamen Freitod. Gestern schritten sie nun zur Ausführung ihres Vorhabens und öffneten, nachdem sie vorher Abschiedsbriefe an die Angehörigen geschrieben hatten, die Gashähne. — Gegen 18 Uhr abends kam die Mutter der Tochter, die mit den beiden jungen Leuten den Haushalt teilte, heim und fand sie in dem gaserfüllten Wohnzimmer bestimmungslos auf. Die Feuerwehrt wurde gerufen und nahm Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff vor, die jedoch ohne Erfolg waren. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod fest, der erst kurz vor Entdeckung der Tot eingetreten sein konnte. Die Leichen wurden ins Schauhaus gebracht.

Herr Kassel aus Wilna.

„Nicht einen Tag sehe ich, ihr Räuber.“

Dem Kriminalkommissar K. passierte eines Tages im Sportpalast auf dem Ball der Komiker eine peinliche Sache. Als er und zwei seiner Kollegen von der Taschendiebstreife an der Garderobe ihre Sachen ablegen wollten, fuhr ihm ein berüchtigter Herr mit dem üblichen Taschendiebsgriff in die Brusttasche. Vor Bestürzung, daß ihm, dem Beamten von der Taschendiebstreife, so etwas passieren konnte, ließ er den Mann laufen. Nun begann eine Jagd nach dem Täter durch ganz Berlin. Und eines Tages las man in der Zeitung: nach einer einwöchigen Jagd gelang es schließlich, den internationalen Taschendieb Kassel zu fassen.

Nun hatte sich Herr Kassel, zwar aus Wilna gebürtig, aber amerikanischer Staatsbürger, vor Gericht zu verantworten. Herr Kassel sprach englisch, allerdings in einer Art, daß der Dolmetscher ihn kaum verstehen konnte. Da ließ man ihn jiddisch sprechen. Und da ging es vorzüglich ohne Dolmetscher. Die Vernehmung nahm amüsante Formen an. Herr Kassel empörte sich. Was? Ich ein internationaler Taschendieb? Rot Ideal! Keine Ideal! Jewelshändler aus New York, Bildermaler in Deutschland bin ich. Bitte, hier eine Beispielinang: Herr Kassel hat sich mir als Freimaurer vorgestellt, ich habe von ihm den besten Eindruck erhalten, das Bild von Tizian, 2000 Pfund (400000 Mark) wert, ist von Sachverständigen in England begutachtet worden. — „So so,“ sagte der Vorsitzende, „aber sind Sie nicht im Jahre 1915 wegen Taschendiebstahl in New York mit 25 Dollar bestraft worden?“ — „No! für Wetten auf dem Sportplatz!“ — „Und in New York im Jahre 1916 zu 60 Tagen Gefängnis?“ — „Glaub ich nicht!“ — „Und sind Sie nicht im Jahre 1918 in Philadelphia festgenommen worden?“ — Ein Kassejude. — „Wir haben aber doch die Fingerabdrücke geschickt bekommen, und es sind die gleichen, die bereits in Wien im Jahr 1906 von Ihnen genommen wurden. Und wofür saßen Sie im Jahre 1925 in Blackwell-Gefängnis?“ — „Für einen Poletto!“ — „Wozu sind Sie aber nach Deutschland gekommen?“ — „Um zu heiraten.“ — „Und wozu sind Sie im Sportpalast gewesen?“ — „Wozu?! „Amusing, Dancing, Drinking!“ (Um mich zu amüsieren, zu tanzen und zu trinken.)

Als der Staatsanwalt 3 Jahre Gefängnis beantragte, sah Kassel ihn halb mitleidig, halb entrüstet an. Als aber der Vorsitzende nach der Verkündung des Urteils — 1 Jahr Gefängnis — ihn fragte, ob er das Urteil annehme, rief er voller Empörung: „Rot one dan, You Robbers!“ Was zu deutsch heißt: Keinen Tag, Ihr Räuber! Wenn Kassel dies nicht auf englisch gesagt hätte, so wäre daraus bestimmt ein Beleidigungsprozeß entstanden. Herr Kassel will Berufung einlegen. Es wird ein lustiges Wiedersehen werden.

Die Rache der „Guten Sitte“.

Wieder ein Rennsporttag in der kleinen Strafkammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank der Redakteur der „Sportwelt“, Wohl. Als Kläger der Jodei Hagnes. Die Rechtsanwältin, sowohl Verteidiger als Nebenkläger, nicht weniger sachverständig im Pferderennen als die Sportfachverständigen auf der Sachverständigenbank. Als Zeugen Sportsleute, Rennstallbesitzer, Jodeis, der Zirkusdirektor Schumann und andere. Der Fall des Jodei Hagnes ist noch einigermaßen in Erinnerung. Er hatte am 8. September 1927 die „Gute Sitte“ nicht auf Platz geritten, weil sie ihm schon früher geschlagen schien. Am 16. Dezember gewannen sie aber das Rennen. Wegen dieses ungleichen Rennens hatte die Rennleitung dem Jodei Hagnes gedroht, die Lizenz zu entziehen. Die „Sportwelt“ gab darauf in einem Artikel zu verstehen, daß Hagnes allem Anschein nach das Rennen am 8. Dezember verloren habe. Da klagte Hagnes wegen Beleidigung. Die erste Instanz sprach den Redakteur Wohl frei. Die zweite verurteilte ihn aber zu 200 M. Geldstrafe. In der Begründung hieß es u. a.: Der Artikel gehe weit über den Spruch der Rennleitung hinaus. Sein Inhalt käme einer öffentlichen Beleidigung gleich. Hagnes als Ausländer verdiene einen besonderen Schutz. Die Wahrung berechtigter Interessen liege bei dem Angeklagten vor. Der Jodei Hagnes verließ strahlend den Gerichtssaal. Der Rennsport hatte seinen großen Tag.

Seine Erziehungsmethode.

Der 23jährige Sohn Günther des Zimmermanns Max R. wollte sich in keiner Weise an die von ihm verlangte Reinlichkeit gewöhnen. Zuerst gab es Klapspe. Als die nicht halfen, versuchte man es mit Schlägen. Aber auch die fruchteten nicht. Da wurde das 23jährige Kind vom Vater mit dem Stock bearbeitet. Jeden Morgen hörten die Nachbarn in der unteren Wohnung jämmerliches Schreien des Kindes, lautes Schimpfen des Vaters und klatschende Schläge. Wenn die Leute dann an die Decke klopfen, wurde es still. Im März vorigen Jahres gab es aber oben ganz besondere starken Wärm. Die Nachbarnsrau lief hinauf, horchte an der Tür ihrer Nachbarn, hörte, wie das Kind geschlagen wurde und holte einen Schuttmann, der das Gesicht des Kindes von der unteren Rippe an bis zum oberen Teil des Schenkelblau und mit Striemen bedeckt vorfand. Vor dem Gericht der ersten Instanz gab der Vater zu, das Kind mit einem Holz geschlagen zu haben: weil es sich immer wieder beschmugelt habe. Er wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Recht der Sorge für das Kind war ihm bereits früher entzogen worden. Im Heim, in dem der kleine Aufnahme gefunden hatte, war er zuerst äußerst verständig, taute jedoch bald auf und hielt sich auch sauber. Dem Vater schien die Strafe zu hart. Eigentlich habe er ja nichts Böses gewollt, meinte er. Es sei eben seine Erziehungsmethode gewesen, da er sich nicht anders habe helfen können.

Eine tragische Komödie.

Joe Lhermann, der Theaterdirektor und sein Weinmäzen.

Der Prozeß gegen den Theaterdirektor Joe Lhermann wird erst am Sonnabend zu Ende gehen. Der frühere Direktor des Neuen Theaters am Zoo, Charlie, traf in seiner Charakteristik Joe Lhermann den Nagel auf den Kopf. Ein unverbesserlicher Optimist. Das Theater war seine Leidenschaft. Er hoffte immer, nun käme der große Treffer. Von all seinen Theaterunternehmungen hatte er aber nichts als Schulden. Zum Leben sorgte er sich bald drei, bald fünf Mark pro Tag. Und wenn er etwas hatte, so gab er es weg. Als eines Tages ein Schauspieler zu ihm kam und sich zu erschließen drohte, da er nichts zu essen habe, gab ihm Lhermann seine letzten fünfzig Mark, dabei dängte er sich nur 20 Pf. für die Strohbahn aus. An seine „Unterschleifungen“, sofern sie überhaupt vorgekommen sein sollten, trage der Weinmäzen John Marlitt die Schuld, meinte Charlie.

Und es war tatsächlich so, wie der Zeuge sagte. Das Theater war die einzige Leidenschaft dieses Menschen, dessen Vergangenheit in ein Dunkel gehüllt ist. Vielleicht hätte er sich damit begnügt, Theaterkritiker zu bleiben. Denn auch auf diesem Gebiet konnte er etwas. Nachdem aber die „Westfälischen Neuesten Nachrichten“ die „kriminelle“ Vergangenheit des Joe Lhermann ausfindig gemacht hatten, und der Verband Deutscher Zeitungsverleger in einem Rundschreiben sämtliche deutschen Zeitungen davor gewarnt hatte, von dem „Borstelbrennen“ nur eine Zeile anzunehmen, blieb dem Theaterfanatiker nichts anderes übrig, als sich, koste es was es wolle, als Regisseur zu versuchen. Seine Jugendbesessen im Jahre 1920 scheinen indes ziemlich hochstaplerischer Art gewesen zu sein. Und nun mußte das Schicksal es fügen, daß dieser Phantast auf einen anderen Phantasten stieß, der Theaterunternehmer auf den Mäzen und Weinogenien John Marlitt. John nach dem Vater, Marlitt nach der Tante, der Schriftstellerin. John Marlitt hatte für das Theater nur insofern eine Schwäche, als er glaubte, daß da „alles möglich sei“, und daß man unter

Umständen hier seinen großen Treffer haben könnte. Es ist nicht ganz klar geworden, ob nur Gründe geschäftlicher Natur ihn veranlaßt haben.

Die ersten Riffen Wein zu liefern, mit denen Joe Lhermann das Theaterstück „Seele über Bord“ bezahlt hat.

Als er aber dem Neuen Theater am Zoo von seiner Firma Gebhardt einen ganzen Waggon Wein schicken ließ, da hoffte er wohl, dabei auch ein Geschäft zu machen. Als Sicherheit wurde ihm die Hälfte der Garderobeneinnahmen in der Höhe von 100 M. pro Tag versprochen. Außerdem erhielt er auch Akzente. Joe Lhermann lombardierte einen Teil des Weines; mit einem anderen Teil bezahlte er dringende Schulden, auch seine Pacht und die Schauspieler. Als aber die Zeit verrann, Joe Lhermanns Geldschwierigkeiten von Tag zu Tag schlimmer wurden, die Firma auf Zahlung drängte, da belag es der Agent John Marlitt mit der Angst zu tun, daß die Firma am Ende ihn verantwortlich mache. So ließ er kurzerhand den Theaterdirektor, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte, verhaften. Nun meldeten sich gleich auch alle anderen Gläubiger, der Drucker, die Pensionsinhaberinnen und wer weiß wer nicht alles; verschiedene Untorrektheiten des nicht ganz charakterfesten Theaterunternehmers wurden offenbar; der Fall Joe Lhermann war gegeben. John Marlitt wurde aber gestern bei seiner Vernehmung darauf aufmerksam gemacht, daß gegen ihn der Verdacht der Untreue gegenüber seiner Firma vorliege und er deshalb peinliche Frage unbeantwortet lassen könne.

Ohne dem Urteil vorgehen zu wollen: Es erscheint unbegreiflich, daß in einer derartigen Bagatelangelegenheit der Angeklagte acht Monate in Untersuchungshaft sitzen mußte. Erst fünf Tage vor der Gerichtsverhandlung wurde er auf eine Bürgschaft von 500 M. aus der Haft entlassen. Und trotz der acht Monate Untersuchungshaft ist der Prozeß unglaublich schlecht vorbereitet.

Was im Autobus liegen bleibt.

Einen schaurigen Fund machte gestern in den Abendstunden ein Schaffner der Autobuslinie 24, als er nach beendeter Fahrt am Birchow-Krankenhaus das Innere des Wagens revidierte. Unter einer Bank fand er einen verschürzten Karton, in dem sich die Leichen zweier totgeborenen Kinder weiblichen Geschlechts befanden. Da in dem Fund zunächst eine Kindesbestattung vermutet wurde, benachrichtigte man die Mordkommission. Die Untersuchung ergab jedoch bald eine unerwartete Aufklärung. Ein Leichendiener, der die kleinen Leichen zur Anatomie bringen sollte, hatte sie im Autobus liegen lassen.

Berein der Danziger.

Im Schilleraal, Charlottenburg, beging der Verein der Danziger in Berlin sein siebentes Stiftungsfest, verbunden mit der Weihe des neuen Banners. Dieses Banner soll gleichzeitig als Banner des Reichsbundes der Danziger Verwendung finden. Der Reichsbund wurde vor etwa zehn Jahren gegründet und umfaßt jetzt 28 Vereine, von denen 12 in Berlin ihren Sitz haben. Drei Aufgaben hat sich dieser Reichsbund gestellt: die Liebe zur Heimat wachzuhalten, die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Danzigs zu fördern und im Reich Aufklärung über die politische und wirtschaftlich schwere Lage der freien Stadt zu verbreiten. Ferner will der Reichsbund alle parteipolitischen Gegensätze ausschließen. Das ist ein sehr anerkanntes Programm, aber die Bannerweihe zeigte wieder einmal, daß Theorie und Praxis zwei verschiedene Dinge sind. Jeder Deutsche und jeder Danziger wird sich entschieden dagegen wehren, daß Polen Ansprüche auf die freie Stadt erhebt, aber trotzdem hat die Erfahrung gelehrt, daß eine Verständigungspolitik mit Polen die beste Politik ist. Es geht darum nicht an, daß der Vorsitzende des Reichsbundes, der Danziger Ministerialrat Dr. Markull, in seiner Festrede mit Bedauern feststellt, die jetzige Danziger Regierung, die bekanntlich auch von Sozialdemokraten gebildet ist, treibe wieder Verständigung, und ferner darf der alte Pfarrer in seiner Weiherede nicht mit stiller Behmut darüber trauern, daß am 9. November allerlei überflüssige Symbole in den Staub rollten und auch die Bezeichnung Heidenkaiser verstimmt. Aus diesen Äußerungen ist zu ersehen, daß die politische Neutralität in dem Reichsbund nicht allzu hoch bewertet wird. Das schadet aber dem Ansehen des Reichsbundes, und auch der Stadt Danzig ist wenig damit gedient. Unorientierung wäre eine der dringendsten Voraussetzungen für eine wirksame Propaganda. Als Vertreter des Danziger Senats war Archivar Dr. Rede erschienen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Nächste Theatervorstellung am Sonntag, dem 22. April, nachmittags pünktlich 2½ Uhr, im Staatlichen Schillertheater Charlottenburg. Es wird aufgeführt „Rust“, Sittengemälde in vier Bildern von Frank Wedekind. Karten à 1,20 M. sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 11, Zimmer 8, in den Bornärischen Expeditionen, im Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstr. 1, Labatvertrieb GGG, Inlestr. 6, Zigarrengeschäft Horlich, Engelstr. 24/25, bei allen Bildungsfunktionären der Kreise und Abteilungen.

Die beiden anderen Kinder habe er nie in dieser Weise behandelt. Und tatsächlich, das kleine Mädchen und der kleine Bub, die sich während der Gerichtsverhandlung der zweiten Instanz im Zimmer der sozialen Gerichtshilfe aufhielten, machten durchaus keinen verängstigten und einen sehr sauberen Eindruck. Das Gericht der zweiten Instanz ließ die Argumente des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Frelowitsch gelten, daß die Mißhandlungen wohl zu einem gewissen Teil durch die besonderen Bedingungen der proletarischen Wohnungsverhältnisse zu erklären seien und gewährte dem angeklagten Vater eine Bewährungsfrist mit der Auflage, sechs Monate lang je 15 Mark Buße zu zahlen.

Wie traurig Kindermisshandlungen auch sein mögen, man wird dem Gericht darin Recht geben, daß es diesen Arbeitervater nicht einfach ins Gefängnis gesteckt, sondern ihn auf eine andere Weise das Unzulässige seiner groben Erziehungsmethoden zum Bewußtsein gebracht hat.

Die „Stigma-Technik“.

Das blutigerische Managersystem.

Der schlesische Bergmann Paul Diebel, der durch seine Stigmatisierungsexperimente Aufsehen erregte und seine Blutungen auch auf Varietébühnen gezeigt hatte, hat jetzt vorgeführt, wie er seine als Wunder angesehenen Bluterscheinungen durch einfache, geschickt ausgedachte und ausgeführte Tricks hervorgerufen hat. Diebel hatte früher u. a. behauptet, er könne aus den Augen bluten, er sei unempfindlich gegen Stiche und Hiebe, dagegen blute er nicht aus Wunden, die man ihm zufüge, er könne vielmehr geheimnisvolle Blutzeichen in Form eines Kreuzes auf der Brust und auf den Händen erscheinen lassen. Ärzte und medizinische Wissenschaftler, die in jeder Vorstellung den geheimnisvollen Mann während seiner Bluterexperimente kontrollierten, konnten keine Schwachstellen an Diebel wahrnehmen.

Jetzt ist es zu einem Streich zwischen Diebel und seinem Manager gekommen. Der Manager hat den größten Teil der Einkünfte aus den Vorstellungen für sich behalten. Wenn Diebel dagegen protestierte, drohte der Manager ihm, das Geheimnis der Tricks der Öffentlichkeit zu enthüllen. Dem ist Diebel jetzt mit seinem Eingeständnis zuvorgekommen. Seine Blutungen beruhen auf ganz natürlichen Vorgängen. Um das gewöhnliche „Stigma“ erscheinen zu lassen, preßte sich Diebel einige Stunden vor Beginn der Vorstellung eine Bleiplatte in Form der gewünschten Figur gegen die Haut. Der Anspannung der Muskeln ließ er dann das vorbereitete Zeichen an seinem Körper sichtbar werden. Auch das Bluten der Augen beruhte auf einem ganz einfachen Trick. Diebel richtete sich vor seinem Auftreten mit einem spitzen Gegenstand ein Blutüderchen des inneren Augensids auf.

Funkwinkel.

Im Nachmittagskonzert singt der Bariton Oskar Jölli Lieder von Schubert und Strauß. Die Stimme klingt am besten in der Tiefe und trägt in dieser Lage ausgesprochenen Charakter. Voraus geht ein Klaviertrio von Josef Weich, eine melodienreiche, stimmungsvolle Komposition ohne Härten und ohne ausgeprägte Dissonanz. Spanowski und Berger sind neben Weich die Solisten, und diese beiden ausgezeichneten und anspruchsvollen Künstler beschließen das Konzert mit Duos von Kodaly, Haydn und Holzerjan, Komponisten, die eigentlich nicht recht miteinander harmonieren wollen. Ueber die Abendveranstaltung „Passion“ brüht schwerster Ernst, und es muß gesagt werden, Vangemelle. Die Sonaten aus den fünfzehn Mysterien Sibers gleichen sich zu sehr, sie bieten in ihrer herben Architektur zu wenig Abwechslung, sind für unser Empfinden zu wenig charakteristisch gefärbt. Diese schönen getragenen Melodien ermüden auf die Dauer. Und der Geiger Henry Holt mit seinem beruhigenden Saiten und klavieren Strich kann auch nicht die Situation retten. Es bleibt Arthur Krausned, einer unserer edelsten und verinnerlichsten Sprecher. Keine Spur von Pathos oder von Verlegenheit. Jedes Wort ist bei ihm besetzt, durchdringt, durchglüht. Krausned allein macht den Abend erträglich. — Auf den Dürer-Tag bereitet Professor Berners Referat „Gestalten um Dürer“ vor. Er spricht nicht von der Kunst Dürers, sondern von seinen Lebensumständen, von den Freunden und Verwandten, von der Schöpfung, die er erfährt aber nicht erfährt. In der Hauptsache beschränkt sich der Vortragende auf Vorlesungen aus dem Tagebuch. Werner versteht es nicht, diese Atmosphäre lebendig zu machen, er bleibt trocken. Dr. Alfred Beger spricht über die neuzeitlichen Schutzmaßnahmen im Bergbau, die er besonders in der Betriebsausbildung erblickt.

Das ist die neueste der Parolen:



Mundpflege nennt man jetzt „Odolen!“ Und zum Odolen, merkt Euch wohl, gehöret immer das Dol!

Eheberatung und Volkserziehung.

Von dem Bestreben geleitet, umfassend alle Gebiete der Lebenserneuerung in den Kreis eigener Zielsetzungen einzubeziehen, veranstaltete der Bund entschiedener Schulreformer einen Vortragsabend, auf welchem einleitend Dr. Scheumann über „Sinn und Wesen der Eheberatung“ sprach, wobei er aus den Erfahrungen eigener Beratungstätigkeit schöpfen konnte.

Der Eheberater hat seiner Meinung nach in dem Meinungsstreit über die beste Form der Sexualgemeinschaft Neutralität zu bewahren, die Form des dauernden Liebesbundes als gegeben hinzunehmen und seine Beratung, die nicht in Spezialisierung verfallen, sondern die Problematik der Ehe in ihrer Gesamtheit umfassen soll, mit dem Geist der Fürsorge zu erfüllen. Die die Ehe vorbereitende Sexualberatung sollte bereits in der Pubertät beginnen. Die Frage, ob denn der ärztliche Rat auch wirklich von den Patienten befolgt würde, beantwortete der Redner dahin, daß die Menschen, die freiwillig die Eheberatung aufsuchen, eher an übermäßiger Gewissenhaftigkeit leiden, weshalb eine ernste Warnung vor der Ehe nur in ganz wenigen, schweren Fällen notwendig ist. Dr. Scheumann empfiehlt, wieder mehr Interesse dem eigenen Stammbaum und der Pflege des Wissens von den Eigenschaften der Vorfahren zuzuwenden. Interessant war seine Mitteilung, daß aus wissenschaftlich bisher ungelösten Gründen des öfteren bei sonst gesunden jungen Ehepaaren Sterilität als Folge mehrjähriger Präventivverkehrs eingetreten ist.

Als zweiter Redner sprach Temperamentvoll und mehrmals von spontanem Beifall unterbrochen Dr. Heinrich Dehmel über „Mutterschaftsberuf, Empfängnisverhütung und Abtreibung in ihrer Bedeutung für Eheberatung und Volkserziehung“. Gerade aus seiner hohen Bewertung der Mutterschaft heraus ergab sich für den Redner die Verwerfung der Abtreibung und die Befürwortung der Empfängnisverhütung. Die direkten Kosten der jährlich etwa eine Million Abtreibungen in Deutschland schätzte er vorläufig mit etwa 200 Millionen Goldmark ein, ganz abgesehen von den Todesfällen, Gesundheitschäden — etwa die Hälfte aller Frauenleiden, auch leichten Charakters, können auf Abtreibungen zurückgeführt werden — und seelischen Störungen, die zerrütend auf die Ehe wirken. Dazu kommt, daß man bei Frauen, die mehrmals den künstlichen Abort durchführten, später eine Neigung zur natürlichen Fehlgeburt aus Schwäche der Gebärmutter beobachten kann. Deshalb aber wollte der Redner noch lange nicht als Befürworter des schändlichen § 218 gelten, dem jährlich etwa 5000 der ärmsten und harmlosesten Frauen zum Opfer fallen. Die Vorbeugungsmittel haben trotz ihrer strafrechtlichen Kennzeichnung als der „Unzucht“ dienende Mittel und dem Verbot ihrer Herstellung, Veräuflichung und Anpreisung, das im neuen Strafgesetz auf „Sitte und Anstand verletzende“ Methoden beschränkt wird, kolossal an Ausbreitung gewonnen. Redner, der sich der Erforschung dieses noch dunklen Gebiets widmet, hat bisher 150 verschiedene Mittel ausfindig gemacht, bei denen, soweit sie industriell hergestellt werden, das staatliche Verbot einzig eine Verteuerung von 800 bis 2000 Proz. gegenüber den Herstellungskosten bewirkt hat. In den zwei größten Betrieben dieser Art werden täglich etwa je 50 000 Präventivmittel hergestellt. Der Redner verbreitete sich dann noch über die verschiedenen Präventivmittel, über die neuen Versuche in dieser Richtung (Immunisierung, Haberlandt-Tabletten) und über das von Weisfremdheit und Heuchelei zeugende Mittel der katholischen Kirche, die Enthaltensamkeit. Er forderte vom neuen Staat finanzielle und moralische Unterstützung der Forschungstätigkeit, um endlich ein absolut sicheres, hygienisches und ästhetisch einwandfreies Präventivmittel zu schaffen.

Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, nach welcher in den Unterricht der deutschen Fortbildungsschulen und der entsprechenden Klassen der höheren Lehranstalten die Themen der biologischen Erziehung (einschließlich der Sexualerziehung), der vorbereitenden Eheberatung (erbbiologische Verantwortung) und des Familienrechts möglichst bald aufgenommen werden müssen.

Um den „Meister von Nürnberg.“

Der Schadenersatzprozeß des Phoebus-Film.

Mit dem interessanten Prozeß, den die Phoebus-Film A.-G. gegen den Musikkritiker des „Fränkischen Kurier“ in Nürnberg, Matthes, wegen dessen scharfer Stellungnahme gegen die Verfilmung der Wagnerschen „Meisterfinger“ in dem Film „Der Meister von Nürnberg“ angestrengt hat, beschäftigt sich wiederum eine Zivilkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Weigert.

Es handelt sich bei diesem Prozeß um eine Schadenersatzforderung in Höhe von einer Viertelmillion Mark, die die Phoebus-Film A.-G. gegenüber dem Musikkritiker Matthes geltend macht. Matthes hatte in einem scharfen Artikel gegen die Verfilmung des Wagnerschen Meisterwerkes protestiert und dies als eine Verhöhnung des unsterblichen Kunstwerks bezeichnet. Auch in anderen Städten Süddeutschlands, so in München, wurden Stimmen und Protestaktionen laut, die sich gegen die Aufführung des „Meister von Nürnberg“ wandten, die dann auch in den meisten Städten Süddeutschlands unterblieb. Die Phoebus-Film A.-G. behauptet nun, daß diese Kundgebungen durch den Artikel im „Fränkischen Kurier“ entfesselt worden seien und will den Autor Matthes für den ihr entstandenen Schaden verantwortlich machen. Das Gericht hat inzwischen ebenso wie der Autor des fraglichen Artikels in einer geschlossenen Aufführung im Phoebus-Palast in Berlin den Film gesehen, also einen

Sofalkertin vor der Leinwand

abgehalten. Während das Urteil des Gerichts über den Wert oder Unwert des Films noch aussteht, hat der Musikkritiker Matthes, wie verlautet, geäußert, daß sein Artikel noch viel schärfer ausgefallen wäre, wenn er den Film vorher gesehen hätte. In der Verhandlung, in der die Phoebus-Film A.-G. durch Rechtsanwalt Dr. Fischer und der belagte Musikkritiker Matthes durch Justizrat Dr. Rosenberger vertreten wurde, kam es indessen noch zu keiner Entscheidung, da von dem Beklagten ein neuer Schriftsatz eingereicht worden war.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Sonnabend, dem 7. d. M., und am Dienstag, dem 10. d. M., aus.

Führungen im Botanischen Garten Dahlem finden im Sommer 1928 wie folgt statt: 1. Führungen. Jede Reihe monatlich einmal von April bis September nach Wahl Montags oder Dienstags 5½ bis 7 Uhr (im September von 4½ bis 6 Uhr). 1. Reihe, 2. April, 7. Mai, 4. Juni, 13. August, 3. September; Prof. Dr. Graebner. 2. Reihe, 3. April, 8. Mai, 5. Juni, 14. August, 4. September; Dr. Surret. II. Einzelführungen. 1. Ratten und andere Säugetiere. Donnerstag, 10. Mai, und Donnerstag, 24. Mai, 5 bis 6½ Uhr; Dr. Werdermann. 2. Orchideen. Donnerstag, 5. April, 5 bis 6½ Uhr; Dr. Mansfeld. 3. Gemächshäuser (tropische und subtropische Vegetation). Donnerstag, 26. April, und Donnerstag, 30. August, 5 bis 6½ Uhr; Prof. Dr. Mildbraed. Eintrittskarten für eine Führungsreihe sind zum Preise von 2 M., für die Einzelführungen zum Preise von 50 Pf. (einschließlich Eintrittsgeld in den Garten) erhältlich bei den Führern des Gartens. Für die Einzelführungen können Karten nur in beschränkter Zahl aus-

gegeben werden (essentiell Wiederholung der Führungen). Kinder unter 14 Jahren werden nicht zugelassen. Eingang Königin-Luise-Straße.

Auffstieg ostdeutscher Konsumvereine.

20 Prozent Umsatzeigerung.

Der Verband ostdeutscher Konsumvereine E. V. hat Ende 1927 324 818 Mitglieder gegen 337 879 im Vorjahre. Trotz der Verminderung der Mitgliederzahl ist aber der Warenumsatz in den 739 unterhaltenen Verteilungsstellen von 65 591 523 M. auf 78 376 126 M. oder um 19,49 Proz. gestiegen. Eine besonders starke Steigerung weist die Eigenproduktion auf. Sie betrug im Vorjahre 16 332 748 M. und 1927 23 019 805 M.; hiervon entfielen auf Bäckereiprodukte 15 835 875 M. (12 079 762 M.) und auf die Fleischereien 5 001 776 M. (1 135 927 M.). Die Steigerung der Produkte der Fleischereien um 269,96 Proz. (!) läßt erkennen, daß die Konsumgenossenschaften in immer stärkerem Maße ihr Interesse auch diesem Zweige der Nahrungsmittelversorgung zuwenden, wobei der Vermittlung von Gefrierfleisch eine recht hohe Bedeutung zukommt. Um so schärfer muß Protest dagegen erhoben werden, daß die reaktionäre Mehrheit im Reichstage das zollfreie zur Einführung kommende Kontingent von 120 000 Tonnen im Jahre auf 50 000 Tonnen herabgesetzt hat, wodurch der Fleischgenuß den ärmeren Bevölkerungsschichten noch mehr verknümmert wird.

Beschäftigt wurden insgesamt 3667 (im Vorjahre 3310) kaufmännische Angestellte und 388 (im Vorjahre 503) gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eine wesentliche Erörterung der Genossenschaften weisen die Bilanzen aus. Unter den Aktiven betragen die Betriebsbestände 11 231 983 M., die verfügbaren Werte 17 553 996 M., der Grundbesitz 13 612 711 M. und die Forderungen 627 584 M. Die Passiven enthalten: Eigene Mittel (Betriebsmittel) 7 153 196 M., Spareinslagen der Mitglieder 26 665 355 M., Grundstückschulden 1 772 765 M. und Verbindlichkeiten insgesamt 4 158 716 M. Die Differenz zwischen den Aktiven und Passiven ist die Erübrigung und der den Mitgliedern zustehende Sparrabatt mit 3 308 559 M., gegen 2 264 131 M. im Vorjahre.

Es darf damit gerechnet werden, daß die Konsumgenossenschaften, die einzigen Wirtschaftsorganisationen, die nicht nach Staatshilfe schreien, im Jahre 1928 noch schneller aufsteigen werden als bisher.

Scala. Das Aprilprogramm bringt wiederum eine Reihe prominenter Vertreter großen artistischen Könnens. Da ist vor allem de Maria, der Mann mit der völligen Beherrschung und Ueberwindung der körperlichen Materie, der die einzelnen Körperteile nach Belieben dreht, biegt, verknüpft und zerrt; dann die Sad Jan-Girls, die Humor, Exaktheit, Rhythmus und Können zu einer entzückenden tänzerischen Massenszene gestalten. Starletts fliegende Affen, ein erstklassiges Dompfeurintermezzo. Die kleinen Langschwänzer als Künstler am fliegenden Trapez. Acht blonde Norwegergirls tanzen eine Schlittschuhrevue mit allen Schikanen moderner Tanzkunst. Das fröhliche Regierquartett der Harmony-Kings jubelt und mimt mit viel Musikalität und köstlichem Humor. Nereides immer wieder frapperender Wasserillusionist läßt stets die bange Frage offen: Wie kommt die Nixe ins Bassin? Die 4 Japaner Ketanos leisten erstklassige Parterreakrobatik und die Arco-Theilon-Truppe meistern das Schwebebrett. Rina Gerards schluchzende Weigentöne sind aber allzusehr Operettenpuff.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am 6. April das Ehepaar Wilhelm C o p p, Berlin-Neudorf, Köhler, 32, langjährige Abonnenten des „Vorwärts“. — Traugott und Berta K a a s h, Berlin, Kolberger Straße 23, begingen ihr 40jähriges Ehejubiläum.



Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einfachungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin S.W. 64, Lindenstraße 3

Das Sekretariat trifft morgen, Sonnabend und Dienstag, 10. März, geschlossen. Monatsprogramme für Mai und Berichtsbogen Januar/März sofort abliefern!

Heute, Freitag, 6. April:

Sichtertische: Beim Sichtertische-Meß, Wredestr. 14a, Funktionärskongr. — Neufälle V: Treffpunkt zur Osterfahrt 18½ Uhr Bahnhof Neufälle.

Morgen, Sonnabend, 7. April:

Kollisch I: Treffpunkt zur Osterfahrt 18 Uhr Bahnhof Dönhofs-Str. — Zentrum: Treffpunkt zur Osterfahrt 17 Uhr Steintor Hauptbahnhof. — Wäcker Nacht: Treffpunkt zur Osterfahrt 19¼ Uhr Steintor Bahnhof (Kornmarkt). — Neufälle V: Treffpunkt zur Osterfahrt 18¼ Uhr Bahnhof Neufälle. — Rotbühnen: Treffpunkt 17¼ Uhr Schillerstr. Bahnhof. — Städtisch: Nachmittags Treffpunkt 16¼ Uhr Rotbühnen, Rotbühnen 8 und 20 Uhr Steintor Hauptbahnhof. — Friedtischelder: Treffpunkt zur Osterfahrt 19¼ Uhr Steintor Bahnhof.

Sonntag, 8. April:

Schmelzent: Freizeitlehrer nach dem hohen Fähring. Treffpunkt 9¼ Uhr, Fähringstr. 8,30 Uhr.



Fröhliche Ostern

und eine Bärenfreude bereitet man jedem Berliner Raucher, wenn man ihm die Cigarette schenkt, die jedes Fest verschönt:

Joseetti Juno

Berlins meistgerauchte 4,8 Cigarette

Zum Kampf der Bergarbeiter.

Lehren eines neuen Zechenabschlusses.

Die Bergherren von der Ruhr kämpfen in der deutschen Öffentlichkeit einen rücksichtslosen Kampf zur Verteidigung ihrer Konjunktur- und Rationalisierungsgewinne...

Ein Beispiel dafür, daß die Harpener Dividendenreduktion überflüssig war und nur ein künstliches Manöver ist, ist der letzte Abschluß der Essener Steinkohlenwerke A.G....

Daß es aber eine stille Vereinbarung unter den Ruhrherren ist, unter allen Umständen in den denkbar schärfsten Tönen über die sinkende Rentabilität, über die steigende Belastung...

Ein schlagendes Beweis dafür, daß es weder die Politik der stabilen Kohlenpreise, noch die Höhe der Löhne, sondern nur die internationale Kohlenkrise ist, die die Lage des Ruhrbergbaues erschwert...

Es dürfte heute feststehen, daß eine Kohlenpreiserhöhung, die der ausländischen Konkurrenz in Deutschland nicht reifliches Spiel gäbe, 50 Pf. pro Tonne kaum überschreiten könnte.

„Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie?“ Genosse Theodor Seipart, der Vorsitzende des ADGB, hat im Dresdener Volkshaus am 2. März einen Vortrag „Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie?“ gehalten...

Hintergründe der flauen Börse.

Die viel zu vielen Berufsspekulanten. — Es muß immer was los sein.

Im großen und ganzen war nicht viel los an der Börse im vergangenen Vierteljahr. Um die Jahreswende hatten die Großbanken durch Eigenkäufe und eine reichliche Kreditgewährung an die Spekulation eine kurze Hausse inszeniert...

Die verfaßte Januar-Hausse

hat von neuem den Beweis erbracht, daß ohne die Kaufkraft weiterer Kreise des Kapitalistenpublikums eine länger anhaltende Belebung der Börse nicht möglich ist.

Die Kurssteigerungen der besonders bevorzugten Spezialpapiere waren aber — im Gegensatz zu früher erlebten Hausseperioden — nicht imstande, die Masse der übrigen Wertpapiere mitzureißen.

Die Tendenz eines langsamen Aufstiegs.

Table with columns: In Proz., Kurse an der Berliner Börse am, 1927, 1928. Rows include Dt. Bank, Com. u. Priv. Bf., Japag., etc.

Es mag als ein erfreuliches Zeichen für die Gesundung der deutschen Börsen gedeutet werden, daß sich die Kursentwicklung (abgesehen von den in ihren Ursachen bereits als anormal gekennzeichneten Sonderbewegungen) ohne allzu große Schwankungen nach oben und unten vollzogen hat.

Immer noch günstige Wirtschaftszeichen.

Nach dem Wochenbericht Nr. 1 vom 4. April des Instituts für Konjunkturforschung hat sich der Auftragszuwachs in der Wirtschaft in den letzten Monaten nicht wesentlich geändert.

Panik beim Gummikapital.

Weil England die Zwangswirtschaft preisgibt.

Dem internationalen Gummikapital ist ein panischer Schrecken in die Glieder gefahren. Die Gummibörsen sind zusammengesackt, die Gummipreise sind gewaltig gesunken.

mannigfachen Einflüssen unterworfen, und die Höhe der zur Verteilung gelangenden Dividende läßt sich keineswegs voraussagen.

Auf ein Hindernis, das einer solchen in jeder Beziehung erwünschten Beruhigung des Kursniveaus entgegensteht, muß einmal ausdrücklich hingewiesen werden.

viel zu große Anzahl von berufsmäßigen Börsenspekulanten,

die von dem Auf und Ab der Kurse leben und deswegen ein besonderes Interesse gerade an Kursschwankungen haben müssen. Die langsam in ruhigeres Fahrwasser zurückkehrende Börse findet nun einen für das kapitalärmere Deutschland der Nachkriegszeit viel zu sehr aufgeblähten und infolge der „Ankurbelungshausse 1926/27“ viel zu wenig rationalisierten Börsen- bzw. Bankenapparat vor.

Tatsächlich hängt die Beteiligung weiterer Kreise am Börsengeschäft in erster Linie von den Geldmitteln ab, die für eine dauernde oder auch nur vorübergehende Verwendung an der Börse frei sind.

und zu einer erfolgreichen Regeneration des Allgummi übergegangen. Weil die Maßnahme eine Staatsmaßnahme Englands war, hatte sie recht unangenehme politische Folgen.

Die Ankündigung der Einschränkung aber wirkte auf den internationalen Gummibörsen und auf den großen Wertpapierbörsen wie eine Bombe.

Der erste große Reparationsbau in Frankreich scheint jetzt perfekt geworden zu sein. Es handelt sich um die Errichtung einer Talsperre, also eines Staubeckens zur Kräfteerzeugung, im Tale von Verdon bei Rizza.

Esst mehr Früchte, und Ihr bleibt gesund!

Albrecht Dürers Bedeutung.

Zur 400. Wiederkehr seines Todestages — 6. April.

In einem Joltalter ungeheuren Lieberschwungs ist Albrecht Dürer aufgetreten. „Es ist eine Lust zu leben“, rief damals Ulrich von Hutten aus, der revolutionäre Ritter. Er hat dann wohl hinterher seine Meinung stillschweigend revidiert, bis er wie ein gehegtes Wild im Ergis eines jämmerlichen Todes starb. Trotzdem: es schien ihm eine Lust zu leben. Es brach in jenen ersten beiden Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts ein Frühling der Geister an. Das Wort von der „Freiheit der Christenmenschen“, das Luther in die Massen schleuderte, wurde nicht allein im religiösen Sinne verstanden. Es war mittelalterlicher Brauch, jede Bewegung, war sie nun politischer oder wissenschaftlicher Natur, religiös aufzufassen. Selbst Klassenkämpfe wurden unter religiösen Schlagworten ausgefochten.

So war es auch diesmal. Der Kampf, den der Augustinermönch der römischen Kirche ankündigte mit seinen 97 Thesen, war der kirchliche Ausdruck für eine Revolution, die sich, im Norden kaum bemerkt, seit gut zweihundert Jahren schon in Italien vollzog. Im Süden machte man das nicht mit dem kindlich barbarischen Ungestüm der Deutschen, sondern hübsch manierlich und gemächlich. Man hielt an Tradition und Lebensart. Ganz allmählich nur erwiderte man sich den Fesseln, die die kirchliche und weltliche Gesellschaftsordnung dem einzelnen anlegten. Kirche, Feudaladel, Junkt mußten ihren Zwang lockern, damit die neue Wirtschaftsmacht, das Handelskapital, sich entfalten konnte. Selbst dieser Prozeß hatte mit religiösen Lösungen begonnen. „Gott will es! Rettet das heilige Grab aus den Händen der Ungläubigen!“ hatte man in der ganzen Christenheit gepredigt. Und wofür nahmen die Könige und Ritter und ihre Knechte das Kreuz? Für den italienischen Mittelmeerhandel. Dafür, daß die Venezianer, die Genueser und Pisaner die griechische Konkurrenz niederringen und die Inseln und Häfen der Levante in ihren Besitz bringen konnten.

Ironie der Weltgeschichte: die Erschließung des östlichen Mittelmeeres, die im Namen Gottes betrieben worden war, sollte dazu führen, daß der nämliche Gott, der alle Schlachtereien dieser bestialischen Kreuzzüge segnen mußte, entthront wurde! Auf den Schiffen der Italiener kamen nicht allein Wein, Korinthen und Del, sondern auch griechische Bildung und Kunst nach Westeuropa. Die alten Heldengötter, deren Tempel und Statuen die Römer einst zerbrochen hatten, feierten fröhliche Wiederauferstehung: sie wurden die Haus- und Heiligötter der bestehenden Klasse. Der gesunde und blutige Christus samt seinen jammervollen Märtyrern paßte nicht mehr für die Florentiner und lombardischen Kaufleute und Bankiers. Diese Götter verschwinden auch aus der Kunst. Die arme Zimmermannsfrau aus Ravenna wird wie eine Patrizierin eingeleidet, auf einen prächtigen Thron gesetzt und von einem Hofstaat von stattlichen, gut gepflegten Herren und Damen, sogenannten Heiligen, umgeben. Die Kreuzigung Christi wird immer seltener bestellt. So was sieht man in einem guten Hause nicht gern. Der Hofmaler Raffa el muß für den Papst Fresken aus der Antike malen: selbst das Haupt der Christenheit, das die Ablässe für die Peterströme ausgeschrieben hat, interessiert sich weit lebhafter für die alten Heiden- götter als für seinen eigenen Götterhimmel.

Das geht alles ohne Gemütserschütterungen ab. Man braucht sich ja bei den christlichen Zeremonien nichts zu denken, so wenig wie heute in England. Die Künstler aber haben gute Tage. Ein neues Stoffgebiet erschließt sich ihnen mit der Antike. Sie brauchen nicht immer und ewig nach derselben schablonen Kirchenbilder zu malen. Man sieht es gern, wenn sie die reichen Auftraggeber unter irgendeinem Vorwand porträtieren. Raffael hat seine Geliebte als Madonna Modest sitzen lassen; andere, namentlich die Venezianer, haben unter dem Bilde der Hochzeit von Kana ein schlemmerhaftes Gelage in einem reichen Kaufmannshause wiedergegeben. Der Künstler, zufrieden damit, schöne Menschen darstellen zu dürfen, war gut bezahlt und hoch geschätzt.

In diese Welt tritt im Jahre 1500 der Nürnberger Maler Albrecht Dürer ein. Er kommt von der Gotik her, die man in Italien nur noch vom Hörensagen kennt. Noch nicht einmal von der freien, kühnen Gotik, wie sie in den Kathedrales von Chartres, Paris und Reims geblüht hatte, sondern von der verminderten und verschrumpelten der deutschen Kleinstädte. Seit bald zweihundert Jahren lag sie im Sterben. Immer verzwickter war sie geworden, immer verknörchteter, immer mehr hatte sie das große Raumgefühl eingebüßt und war in kunstgewerblichem Ziertram untergegangen. Im 13. Jahrhundert war sie europäisch gewesen, dann deutsch, zuletzt, im 15. Jahrhundert ausburgisch, ulmisch, nürnbergisch, frankfurtisch. Vängst hatte die Architektur die Herrschaft über die Künste verloren. Die Bilderschnitzer kopierten Gemälde, die Maler ihrerseits zitierten die Gewandfalten, als hätten sie den Maßstab des Pinsels in der Hand.

Die dumpfe, muffige Atmosphäre der Kleinbürgerlichen Welt, statt lastete auf der deutschen Kunst wie auf dem deutschen Leben. Der Meister Michael Wolgemut, bei dem der Sohn des Goldschmieds Dürer unter unzähligen Schimpfreden und Schlägen der Gesellschaft das Malerhandwerk mit unsäglichem Fleiß erlernt hatte, arbeitete nach dem niederländischen Rezept. In den großen flämischen Handelsstädten, in Gent, Brügge, Brüssel und Löwen, wo die Malerei in Oelfarben aufgenommen und mit ihr eine neue liebevolle Beobachtung der Landschaft, überall, wo das Handelskapital zur Herrschaft kam, im Norden wie im Süden Europas, zeltete es eine neue Kunstweise, den Realismus. Der Mensch freilich bleibt auch in den Niederlanden noch gotisch starr. Er kann sich nicht zu der freien Körperlichkeit im antiken Sinne durchringen wie im Süden, der niemals ganz den Zusammenhang mit Griechenland verloren hatte. Der Mensch auf den flämischen und erst recht auf den deutschen Gemälden steht in seinen nordischen Gewändern. Niemand fragt danach, wie er darunter ausseh.

Nürnberg und Augsburg liegen an der großen Handelsstraße, die vom Mittelmeer an die Nordsee führt. In beiden Städten konnte sich also der Ausgleich zwischen der flämischen und der italienischen Malerei vollziehen. Zum mindesten versuchsweise. Der Augsburger Hans Holbein wagt den Versuch und der Nürnberger Albrecht Dürer. Senem fällt es unendlich viel leichter: er löst sich ohne Sentimentalität von der Heimat, in der es ihm zu eng wird, und zieht als Weis- und Hofmann nach England. Anders Dürer. Der bleibt gefühlsmäßig mit der deutschen Vaterstadt verbunden und kehrt, obwohl man ihn in Venedig und später in Antwerpen wie einen der Größten ehrt und feiert und mit vorzuehlichen Anerbietungen gewinnen möchte, immer wieder in den Käfig zurück. Er unternimmt — und das ist seine unergleichliche ethische Leistung — den unmöglichen Versuch, als deutscher Kleinbürger Kosmopolit, als göttlicher

Dürers Kunst als Wirtschaftsproblem.

Von Dr. Otto Schneid-Wien.

Vor einiger Zeit ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß ein Amerikaner bei einer Leipziger Versteigerung einen Abzug von Dürers Kupferstich „Adam und Eva“ um 42000 Mark erworben habe. Hätte die bisherige Kunstgeschichtsschreibung nicht den Fehler begangen, die wirtschaftsgeschichtlichen Zusammenhänge und Entstehungsbedingungen des künstlerischen Schaffens zu vernachlässigen, so hätte man für die ungeheure Versteigerung, die ein solcher Kaufpreis bedeutet, heute mehr Verständnis. Man würde aber auch ermessen können, welchen wirtschaftlichen Hemmungen die Kunst nördlich der Alpen gerade in einer ihrer Blütezeiten, dem ersten Drittel des 16. Jahrhunderts, unterworfen war.

Namentlich Albrecht Dürers noch allzu wenig bekannte Tagebücher und Briefe, zu deren erneutem Studium der 400. Todestag des großen Künstlers am 6. April Anlaß geben möge, sind eine reiche Fundgrube für die Kenntnis der sozialen Lage und der kleinlichen Verhältnisse, von denen die deutschen Künstler der Blütezeit umgeben waren. Italien ernährte gleichzeitig hunderte Künstler reichlich und umgab etliche mit unerhörtem Glanz und Ansehen. Dürer war es nur allzu kurz gegönnt, an der Freiheit und Großzügigkeit des italienischen Kunstlebens teilzunehmen. Vor der Rückkehr in die Heimat richtete er in dem denkwürdigen, am 13. Oktober 1506 in Venedig geschriebenen Briefe an Pirckheimer gegen seine Zeit und gegen sein Volk den unaussprechlichen Bormut, den die lebende Nachwelt zwar ihm, aber noch lange nicht an ihrem eigenen Kunstertum gutgemacht hat: „D, wie wird mich nach der Sonne frieren! Hier bin ich ein Herr, dabeim ein Schmarotzer!“

Wenn wir heute als den gewaltigsten Maler Deutschlands Matthias Grünewald ansehen, in Dürers Schaffen jedoch weit mehr als sein malerisches sein zeichnerisch-graphisches Wert schätzen, das durch die in Bemberg entdeckten Schätze eine noch ansehnliche Bereicherung erfährt, so vergaßen wir bisher dank der Einseitigkeit der üblichen Kunstgeschichtsschreibung, daß Dürers Entwicklung zum Graphiker nicht allein rein künstlerischen Gründen zuzuschreiben ist, sondern zum guten Teil von wirtschaftlichen Ursachen bestimmt war. Das Malen war der teuren Farbstoffe wegen und ebenso wegen der langen Arbeitszeit kostspielig und mußte naturgemäß den Künstler in schwer fühlbare Abhängigkeit vom Besteller und Abnehmer bringen. 1 Pfund Ultramarin kostete zur Zeit Dürers nicht weniger als 100 Gulden, das sind 2000 Mark heutiger Währung! Wiederholt finden sich in seinen Briefen Klagen über den schlechten Ertrag der Malerei, besonders mit Bezug auf die frühen Gemälde. Für die „Tafel der Deutschen“ (das „Rosenfranzfest“), an der er fünf Monate gearbeitet hat und das heute auf Millionen Mark gewertet wird, erhielt er nur 110 rheinische Gulden (2000 Mark) und bemerkt, er „könnte wohl 200 Dukaten (5000 Mark) in der Zeit gewonnen haben“, was sich offenbar auf den Ertrag graphischer Arbeiten bezieht. Ein monatelanges beschämendes Fleißchen mit dem Besteller geht um den berühmten, später durch Feuer verunglückten Heller-Mitar los, für den Dürer nach einem Jahr Arbeit und 24 Gulden Selbstkosten nicht mehr als den ausbedungenen Preis von 200 Gulden (4000 Mark) erhält. In Heller schreibt er: „Wenn ich es Euch nicht zu besonderem Gefallen täte, würde ich nie mehr etwas Verbindliches machen, denn ich verjäume Besseres dadurch“, und beendet den leidigen Briefwechsel am 26. August 1509 mit dem ausdrücklichen Entschluß: „Darum will ich meines Stehens warten und hätte ich es bisher getan, so würde ich auf den heutigen Tag um 100 Gulden reicher sein.“

Handwerksmeister Renaissancekünstler zu sein. Dazu gehörte ein Wagemut, der dem des jungen Luther oder des Ulrich von Hutten kaum nachstand. Sogar etwas von der Weltbedeutsamkeit eines Christoph Kolumbus gehörte dazu.

Die Holzschnittfolge der „Offenbarung Johannis“ von 1498, die er mit 27 Jahren zeichnet, bedeutet bereits ein revolutionäres Programm. Zum erstenmal wagt es ein deutscher Künstler, sich in freien Phantasien über einen biblischen Text zu ergehen. Das liegt schon außerhalb aller kirchlichen Begriffe und Vorstellungen. Die ausschweifenden Weltuntergangspannasien der Apokalypse: Zeitstimmung des untergehenden Mittelalters. Ein neues Jerusalem wird kommen, in dem es „eine Lust sein wird zu leben“. Aber zuvor muß die alte Zeit in Blut und Brand untergehen. Die neue kapitalistische Wirtschaftsordnung wird das Landesfürstentum herausfföhren, wenn dieses erst die Bauern abgewürgt und die Blüte der Städte gedrohen hat. Dein Freiheitsparadies, Albrecht Dürer, wird ein Kerker sein . . .

Aber dieser weitausblickende Künstler bleibt der Gegenwart sein Leben hindurch zugewandt, „aktuell“, wie wir heute sagen würden. Er philosophiert und dichtet in seinen drei berühmten Stichen: „Hieronymus im Gehäus“, „Ritter, Tod und Teufel“ und „Melancholie“. Ihm wird, wie dreihundert Jahre später einem Goethe, das künstlerische Schaffen Persönlichkeitsbestimmnis. Aus der traulichen Stube mit den Tugensheben zieht der Kämpfer hinaus, um eine neue Welt zu erobern. Und wenn die Welt voll Teufel war . . . Aber am Wege hat, verzweifelt vor sich hindrütend, die Göttin des Unvermögens. Die jauchzende Freude über die eigene Kraft schlägt jäh um in den bittersten aller Zweifel: den an der eigenen Persönlichkeit.

Warum? Nimmt er nicht auf seinen Reisen fremde Städte und wunderfame Tiere und Menschen in seine Skizzenbücher auf — in diese überaus köstlichen Vermächtnisse, die uns mehr über ihn besagen als alle seine Heiligenbilder? Die Türken, die Bienen und die ganze Christenheit bedrohen, müssen herhalten für die Widersacher Christi in seinen Passionen, und das eigene Antlitz, das er wiederholt mit Stolz festgehalten hat, leibt er sogar dem Herrn Jesus, indem er sich selber an die Stelle des Schmerzensmannes setzt! Jeder Gegenstand wird ihm zum Erlebnis, zur unmittelbaren Gegenwart. Der Kaiser Maximilian erkennt ihn zu seinem Hofmaler, Raffael selbst schickt ihm als Zeichen seiner Verehrung eine Rüststizze über die Alpen.

Also warum die tiefe Niedergeschlagenheit? Das Ziel seines Lebens bleibt in unerreichbarer Ferne. Er kann keine Kompromisse schließen wie der Martin Luther. Seit ihm ein weltlicher Maler in Nürnberg, Jacopo de Barbardi, verraten hat, daß man die menschliche Figur nach feststehenden Gesetzen konstruieren könne, hat es ihm keine Ruhe mehr gelassen. Er wollte diese Proportionsgesetze ergründen — wollte der deutschen Kunst zu der Landschaft auch den Menschenkörper hinzugeben. Die Italiener besaßen

Ein Mehrerdienst von 100 Gulden in einem Jahr ist für Dürers Verhältnisse wohl ein ansehnlicher Betrag, der uns aber zu keinem falschen Bild von seinem Einkommen aus graphischen Arbeiten verleiten darf. Zwar schuf Dürer über 190 Stiche und mehr als 160 Holzschnitte, von deren meisten er etliche hundert Abzüge im Selbstverlag herstellte, verkaufte, tauschte und verschenkte. Aber man sehe und staune, wie gering die Preise waren, über die wir durch Dürers Tagebuch seiner niederländischen Reise (Juli 1520 bis Juli 1521) genau unterrichtet sind: sie waren in der Hauptsache vom Format bestimmt, wobei Kupferstiche etwas höher bewertet wurden als Holzschnitte. So verkaufte der Künstler, nicht etwa als junger Anfänger, sondern im 50. Lebensjahr, auf der Höhe seines Ruhms, an Sebald Fischer in Antwerpen folgende Blätter:

16 Mal die (aus 37 Blättern bestehende) Kleine Holzschnitt-Passion à 4 Gulden: etwa 2 Mark pro Blatt.

32 „Große Bücher“ (Apokalypse, Große Holzschnitt-Passion und Marienleben) à 8 Gulden: etwa 10 Mark pro Blatt.

6 Mal die (aus 16 Blättern bestehende) Kupferstich-Passion à 3 Gulden: etwa 4 Mark pro Blatt.

60 Halbbogen um zusammen 3 Gulden: etwa 1 Mark pro Blatt.

236 Viertelbogen um zusammen 5,25 Gulden: etwa 1/4 Mark pro Blatt.

8 Ganzbogen um zusammen 1 Gulden: etwa 2,50 Mark pro Blatt.

Andere Verkäufe hingegen bringen noch weit merkwürdigere Ergebnisse. So verkauft er ein anderes Mal die ganze Große Holzschnitt-Passion (16 Blätter) um den Preis von 9,60 Mark heutiger Währung statt um 10 Mark pro Blatt. Dem Goldschmied Jan von Brüssel gibt er für einen Ring mit 6 Steinchen im Werte von 7 Gulden (140 Mark) sein gesamtes Kupferstichwerk. Ein Verkauf von 460 verschriebenen Blättern bringt nur den Ertrag von 8 Gulden, durchschnittlich somit 35 Pfennig pro Blatt.

Solche Bewertung seiner Kunst ließ Dürer zwar nicht gerade Armut leiden, aber wie wir aus zahlreichen Urkunden wissen, kam er über die Besitzverhältnisse des Kleinbürgers nie hinaus, mußte sein Lebtag rechnen und sich selbst die kleinste Ausgabe gründlich überlegen. Außer dieser Lasten gibt es noch manches, was zu schwerer Anklage gegen Dürers Zeitgenossen wird, gewiß aber auch manche verdöhnende Züge. Kein einschüchterer Kenner wird die künstlerisch grauenvollen Aufträge des Kaisers Maximilian wie die papierene „Chrenpforte“ und den papierernen „Triumphwagen“, Holzschnittungetüme, an denen leider auch Dürer mitarbeitete, heute noch als Förderung ansehen, obwohl dem Kaiser, der Dürer seit 1515 jährlich 100 Gulden auszahlte ließ, ein gewisser guter Wille nicht abgesprochen werden kann. In Dürers Schriften finden sich etliche Hinweise auf Verständnis in den unteren Schichten der Bevölkerung: es kam sogar vor, daß Knechte seine graphischen Blätter gewöhnlicher Entlohnung vorzogen. Die Graphik war das fruchtbarste Mittel, den Gedanken, die in den Besten verortet waren, zu allen Schichten der Bevölkerung den Weg zu bahnen, und die wirtschaftlichen Verhältnisse stellen sich, aus der Entfernung von Jahrhunderten gesehen, als unmittelbar hemmende, mittelbar aber auch fördernde Kräfte dar. Es fragt sich nur, ob die Leiden und Freuden der modernen Kunst wirtschaftsgeschichtlich einfach die Wiederholung des alten Prozesses sind oder ob wir ganz neuen Entwicklungen entgegengehen.

das Geheimnis — davon überzeugte er sich in Venedig. Zehn Jahre seines ohnehin nicht langen Lebens wandte er daran, um es durch Beobachtungen und Studien zu erzwingen. Er hat es nicht geschafft — selbst mit seinem letzten Werk nicht, den Vier Aposteln in München.

Unantastbar ist seine hohe Zeichenkunst, die sich in Skizzen und Bildnissen unmittelbar nach der Natur erweist. Aber selbst in seine Graphik, die doch so viel besser ist als seine Malerei, schleicht sich ein störendes Element ein. Er bringt immer wieder kühne Raumkonstruktionen an, wo sie gar nicht hingehören und die Einheit der Komposition zerstören. Er ist mit dem unfehligen Erbeil der sterbenden Gotik befaßt, dem Rangal an Raumflut, an architektonischem Empfinden. Er wird zwischen zwei Stilen wie zwischen Mühlsteinen zerrieben.

Bei keinem zeigt sich deutlicher als bei ihm die Tragik der Persönlichkeit, die auf sich allein gestellt ist. Die italienischen Zeit- und Kunstgenossen werden von einem gesellschaftsbildenden Element, von einem Stil, getragen und gehoben. In einem staatlich und kulturell so zerrissenen und zerklüfteten Lande wie Deutschland hat der fast stets gefehlt. Die Tragik Dürers ist die Tragik unseres Volkes.

Dr. Hermann Hieber.

Der Sohn des Zimmermanns.

Von Henri Barbusse.

Seit einiger Zeit beschäftige ich mich damit, meinen Freunden in den verschiedenen Ländern wahre Geschichten zu erzählen. Den Stoff meiner Erzählungen entnehme ich wirklichen Begebenheiten, ohne auch nur eine wesentliche Einzelheit zu verändern. Daher sind diese kleinen Dramen oder Komödien durchaus wahr und dem Leben abgekauft. Auch heute will ich eine solche Begebenheit erzählen: sie handelt von Jesus. Seit Jahren habe ich es versucht, durch die Schleier der Tradition und mystischen Erdichtungen das wahre Antlitz dieses großen Wanderers zu erkennen. Immer wieder habe ich alle heiligen Schriften durchgesehen, die sich sein Wesen und seine Gedanken nutzbar gemacht haben. Hoff frammen Dranges nach Wahrheit bin ich in den Fußstapfen verblüht, vernünftiger und unabhängiger Gelehrter gewandelt, die die Anfänge des Christentums bloßlegten, den Archäologen vergleichbar, die die ausgehöhlten Trümmerfelder von Theben oder Troja durchsucht haben. Aus meiner Aufrichtigkeit, meiner Achtung vor der Wahrheit schöpfte ich den Mut, selbst ein Evangelium zu schreiben, das ich das Evangelium der Wiederherstellung nennen möchte, weil ich Jesus seine ungeheure und bedauernswerte Rolle wieder zuteile. Den Menschen aber zeige ich ihn in seiner wahren Größe, die die Religion nur verunkelt hat.

Jenen, die zu hören verstehen, berichtet die Vergangenheit folgendes: Vor 1900 Jahren, im achten Säkulum der römischen Zeitrechnung, lebte und predigte ein demütiger jüdischer Prophet in Galiläa. Man weiß nicht viel aus jener Zeit. Er war nur wenig bekannt im Lande und predigte nur während weniger Monate — vielleicht sogar nur einige Wochen lang. Kein einziger jüdischer oder römischer Geschichtsschreiber aus diesen Tagen erwähnt ihn, kein Zeitgenosse berichtet von jenem Jesus. Er hatte den mächtigen Haß der Reichen und Priester zu erdulden und verbrachte sein Leben inmitten der Armen, Sklaven, unterjochten Frauen und ausgebeuteten Menschen. Was sprach er zu diesen? Er sagte: „Alles entspringt aus uns selbst. Die Wahrheit kommt nicht von den Dingen zu uns, sondern von uns zu den Dingen. Was eurer Ansicht nach außerhalb euch liegt, ist in euch.“ Jesus gab jedem den Glauben an sich selbst. Er hat sogar Kranke geheilt, indem er sie an ihre Heilung glauben machte. Dies ist ein höchst menschliches Wunder.

Er zerstreute die Sthenbilder; er zertrümmerte auch die geistigen Idole — Träume und Götze. Ja, er zerstörte selbst den Högen Gott, der trotz seiner ungeheuren Größe zur gleichen Art gehört.

Zwischendurch wurden auch die Fettsche „Rasse“ und „Nationalität“ umgestürzt. Er dachte und sprach für die ganze Menschheit, der er verkündete, ihr Heil werde immer nur aus ihr selbst kommen. Und darin hatte er recht. Denn die höchste Gewalt wird aus der Rasse des Volkes kommen, sobald dieses zur Kraft und Einmütigkeit gelangt ist und die Verdammten dieser Welt sich erheben werden. Er hat die Gleichheit verherrlicht mit den Worten: „Auch der Größte unter euch, soll euer Diener sein.“ Dieser Mann mit seinem Ruf nach Gerechtigkeit war den römischen Verwaltungsbehörden unangenehm. Diese schalteten in Palästina damals so wie heute die Engländer dort herrschen. (Nicht nur in diesem Punkte allein ähneln die alten Römer den Engländern unserer Tage.) Jesus wurde in eine angebliche Verschwörung gegen den römischen Staat verwickelt. Obwohl er an diesem Anschlag unschuldig war — denn er hatte niemals an einer Verschwörung teilgenommen — wurde er von den Römern zum Tode verurteilt. Im Laufe der Jahrhunderte wurden über seine Verurteilung vielerlei Dinge berichtet. Man sagte, die Juden hätten seinen Tod verschuldet. Heute wissen wir, was wir von dieser Mär zu halten haben. In Judäa besaß der römische Staat allein das Recht über Tod und Leben. Jener Staat war, gleich den Staaten von heute, eine große, aristokratische, zur Aufrechterhaltung der Ordnung bestimmte Einrichtung und gleich ihnen großsprecherisch, aber voll Heuchelei und Unbuddhaftigkeit. Harmlosen Träumern zeigte Rom wohl eine verachtungsvolle Duldung, den Feinden der Regierung und Ordnung gegenüber war es jedoch unerbittlich. Bestimmt haben die Juden Jesus angezeigt — getötet aber hat ihn die von Gott gewollte Ordnung.

Als Jesus ans Kreuz geschlagen worden war, als sein Blick sich umschaute, als er zu seinen Füßen die Menschenmenge erblickte, die er hatte retten wollen, die ihn aber niemals verstanden hatte und nicht wußte, was sie tat, mußte er davon überzeugt sein, sein Wert gehe mit ihm unter. Und darin hatte er recht.

Nachdem Jesus niedergegangen und dahingegangen war, breitete sich eine lange Nacht um ihn aus. Auch sein Name verging. Niemand erinnerte sich mehr an ihn. Hatte er einige Jünger gehabt, die ihn überlebten? Vielleicht. Man hat davon gesprochen — bewiesen ist es nicht. Auf alle Fälle machten seine Schüler

wenig von sich reden und blieben von den Behörden unbefragt. Dies beweist wohl ihre Vorsicht, spricht aber gegen ihre Würde. So verstrich die Zeit — fünf, zehn, zwanzig Jahre. . . Kinder reiften zu Männern, aus Jünglingen wurden Greise. Da geschah es, daß in Äsien eine neue Religion gepredigt wurde, die der Menschheit das Schlagwort brachte, der Messias sei gekommen. Dies geschah mit den Worten: Christus ist erstanden. So predigten die Juden, aber nicht Juden aus Palästina, sondern Juden, die in den griechischen Städten eigene Gemeinwesen gebildet hatten, von der heidnischen Kultur angezogen und durchtränkt waren.

Die Religion, die damals auftauchte, besaß in ihrer Hauptsache einen neuen Gott: Christus. Von diesem war bisher noch nicht die Rede gewesen. Der neue Glaube nahm ein neues Feld für sich in Anspruch: das Fortleben nach dem Tode. Es war die Religion des Todes.

Diese Reformatoren verkündeten, die Menschheit sei infolge der Erbsünde zu harter Arbeit, zu den Leiden des Gebärens und des Sterbens verurteilt worden. Wer es habe sich begeben, daß Gottes Sohn in eigener Person eingewilligt habe, durch seinen Opfertod die Menschheit von ihrer Sünde zu erlösen. Von nun an aber beginne — nur für die Gläubigen allein — nach dem Hinscheiden ein sichterfülltes Schicksal, ein ewiges Leben.

Der Vorgang der Erlösung spielte sich in überirdischen Sphären ab. Der erlösende Christus glich einer himmlischen, meteorhaften Erscheinung. Das war in Wirklichkeit gar nicht Gottes Sohn, sondern eine Verkörperung des einzigen Gottes, ein strahlender Teil der höchsten Herrlichkeit.

Diese Lichtgestalt, die nach der Lehre der neuen Priester dem Himmel und den überweltlichen Regionen die wunderbare Macht zur Befreiung des Todes entnahm und diese auf ebenso schlichte als reine Weise zur Unsterblichkeit wandelte, hatte nichts mehr mit dem armen Propheten gemein, der vor langer Zeit in Jerusalem sein Dasein im Dunkeln verbracht hatte. Niemand — und die Apostel noch weniger als alle anderen — dachte daran, zwischen diesen beiden Erscheinungen irgendeine Beziehung zu schaffen. Mit gutem Grund. Man sagte wohl, das erlösende Opfer Christi habe in seiner Hinrichtung, ja sogar in der Kreuzigung bestanden. Aber dieser Opfertod war völlig überirdisch und mystisch, den biblischen Vätern und der griechischen Mythologie entnommen. Die Apostel erblickten ihren Gott durch die Verglebung der Offenbarung und die seltenen blühartigen Beweise seiner Gnade. Christus war für sie nichts anderes als die Verkörperung eines theologischen Begriffes.

Es ist wahr, daß er auch den Namen Jesus trug. Aber Jesus heißt Petter. Und hieß denn jener galiläische Prophet wirklich Jesus? Man hat uns das erst zu einer viel späteren Zeit gesagt, weil damals niemand mehr von ihm sprach.

Mit einem Ruß begann es.

(Nach einer wahren Begebenheit.)

Im Sommer 1926 geschah das Verbrechen. Während der Dienstzeit, in einem der Zimmer der Saporogfabrik „Kommunar“. Der verwegene Täter, der Fabrikangestellte Bürger L., nähte die Unwesentlichkeit fremder Augenzeugen. Auf Zehenspitzen balancierend, schlich er sich an seine Mitangestellte, die Bürgerin G. heran und das offizielle Amt wurde durch den Ton des inoffiziellen Rufes entweiht. Bürgerin G. war entrüstet. Den ganzen Sommer und halben

Herbst dachte sie darüber nach, wie sie auf solche Kühnheit reagieren sollte. Endlich, am 28. September gelangte sie zu einem Entschluß, der für den Beseidiger vernichtend war. Und die Rußangelegenheit beschäftigte nun die Fabrik-RAA, das in diesem Falle kompetenteste Organ.

Nachdem sie die Gerichtsfunktion auf sich genommen hatte, urteilte die RAA den Verbrecher rasch und ungnädig ab, ohne Anwendung der Amnestie nach § 33 des Gesetzbuches. Sie sprach ihr Urteil: „Bürger L. ist seiner Stellung zu entheben, eine Austrittsvergütung ist nicht zu gewähren.“

Der erschütterte I. legte gegen dieses „Höchstmaß der Strafe“ beim Saporog-Arbeitsamt Verwahrung ein.

Und nun ging es los. „Die Entlassung ist zu Recht geschehen“, erklärte das Arbeitsamt. „So soll's ihm ergehen — man lügt nicht ohne Gegenleistung.“

Darauf gelangte die Angelegenheit in das Arbeitskommissariat der USSR. Dieses traf am 18. Dezember 1926 die Entscheidung, der Bürger L. sei wieder in sein Amt einzulassen. Der Fabrikdirektor kam dem Beschlusse erst nach Verlauf dreier Monate nach — unterdeß übergab er die Sache — der Procuratur.

Hier wurde die Frage über die Natur des Rufes ernstlich und gewissenhaft von allen Gesichtspunkten her bearbeitet: von strafrechtlichem, wirtschaftlichem, disziplinarem usw. Im Resultat wird die Sache dem Obersten Rat für Volkswirtschaft überwiesen (sozusagen — an die zuständige Instanz), damit über den Bürger L. eine Disziplinarstrafe verhängt würde.

Doch unterdeß beginnt die Rußgeschichte sich auf einer Seitenlinie fortzuentwickeln.

„Haben Sie die Güte, mich für 5 1/2 Monate erzwungenen Arbeitsausfalles zu entschädigen“, verlangt I. vom Verwalter.

Hier, sollte man meinen, sei jede weitere Diskussion überflüssig: es galt bloß zu pusten und Geld hinzuzählen. Doch die Fabrikadministration ist augenscheinlich aus kräftigem Holze geschnitten, sie übergibt die Angelegenheit der berühmten RAA, und hier findet am 12. April 1927 eine stürmische Sitzung statt, auf deren Tagesordnung: „Der Ruß von finanziellen Standpunkte“ gesetzt ist. Doch in Anbetracht der Bedeutung des Themas wird die Sitzung für 3 1/2 Monate vertagt. Über dann am 4., 5. und 6. August . . . verhandelt die opfermüde RAA drei Tage hintereinander je 7 1/2 Stunden. Ins Protokoll waren 40 Anwesende eingetragen.

O weh . . . Einigung ist unmöglich. Am Horizont taucht ein Schiedsgericht auf.

„Es muß gezahlt werden — Beschluß des Schiedsgerichtes vom 31. August 1927.“

Erlauben Sie — erhebt die Fabrikadministration ihre Stimme, breitfüßig im Arbeitsamt auftretend. Was ist denn das für ein Schiedsgericht? Das ist kein Gericht, sondern ein vollkommenes Mißverständnis. Wir protestieren!

Am 14. November erhebt sie bereits ihr Gefähr im Arbeitskommissariat, bemüht, vor Wut schäumend, zu beweisen, daß das Arbeitsamt seine Rechte überschritten habe, daß es zu Liebesaffären in der Fabrik ermuntere usw. usw. . . .

. . . Die Bürgerin G. hat dem „Beseidiger“ schon längst verziehen. Sie wäre nach reiflicher Überlegung selbst bereit, zuzugeben, daß eine kameradschaftliche Mahnung für den Bürger L. eine genügende Lehre gewesen wäre. Doch das vor fast zwei Jahren ins Rollen gebrachte Rad des Bureaucratismus lief mit ungeschwächter Schnelle, gegen alle Gesetze der Physik und des gesunden Menschenverstandes. Keine Kraft vermochte mehr, es zum Stillstande zu bringen. („Pravda“.)

Unsere lieben Eltern zum
25 jähr. Ehejubiläum
die herzlichsten Glückwünsche
Erich, Kurt, Lotte, Elli

Genossin Anna Kiesel
Reinholdsdorf, Weß, Gießbrennstr. 87,
zur Vollendung ihres 20. Lebens-
jahres am 6. April die
herzlichsten Glückwünsche
Als Kreis-Frauenleiterin und Ver-
treterin des 20. Kreises Rein-
holdsdorf wünschen wir ihr noch viele
Jahre fröhlicher Mitarbeit.
Die Genossinnen und Genossen des
20. Kreises Reinholdsdorf.

Verband der Lithographen, Steindruck-
und verw. Berufe (Mitgliedschaft Berlin)
Am Dienstag, dem 3. April, ver-
schied infolge Schlaganfall unser alter
teurer Kampfgenosse, der Steindrucker
Adolf Fisch
im Alter von 71 Jahren.
Seine selbstlose, aufopfernde, ehren-
amtliche Tätigkeit während mehr als
37-jähriger Mitgliedschaft in unserem
Verbande steht dem hohen Alter ein
dauerndes und ehrenvolles Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienen-
stag, dem 10. April, nachm. 4 1/2 Uhr, im
Reinholdsdorf Friedhof, Berliner
Straße, statt.
Zahlreiche Beistellung der Kollegen
wird erwartet.
Der Ortsvorstand Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Schlichter
Hermann Lange
am 4. April gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienen-
stag, dem 10. April, 18 Uhr, im
Reinholdsdorf Friedhof, Berliner
Straße, statt.
Seine feierliche Beerdigung
wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Am 4. April, 14 1/2 Uhr, verschied nach
langem Leiden unser lieber, guter
Vater, Onkel, Onkel und Schwager
Michael Niedzielski
im 74. Lebensjahre.
Korow, den 5. April 1928.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 7. April, 14 1/2 Uhr, auf dem
Friedhof Reinholdsdorf, Schö-
nholz, statt.

Bundeskleidung

Windjacke
moderfarbiger, imprägnierter
Gabardine, mit ab-
knöpfbarem Gurt und
Koppelhaken **18⁰⁰**
Sportbreeches
mit doppeltem Gesäß
aus imprägniertem
Gabardine **12⁰⁰**
Kordhose
grauer und moderfarbiger Reit-
kord, doppeltes Gesäß **9⁰⁰**
BAER SOHN & Co
Berlin N 4, nur Chausseestr. 29-30
Eigene Kleiderwerke


das bekannte Berliner Möbelhaus liefert auch Ihnen gediegene
und schöne Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer sowie
Küchen- und Einzeimöbel, Teppiche, Dekorationen
und Beleuchtungskörper jeder Art in bekannten Qualitäten
**auf Kredit bis zu 24 Monaten
auch ohne Anzahlung**
Bitte, besuchen Sie uns, wir passen uns Ihren besonderen
Wünschen gern an.
Ihr Besten sei durch „DRIMA“.
MÖBEL
ELSASSER STRASSE 37 * BRUNNENSTRASSE 33
nahe Oranienburger Tor * nahe Invalidenstraße

Hallo Berliner!
Ihr
**Opfer-
Hase**
heißt:
**KAUFFAUS
Modern**
IM OSTEN: **G. Frankfurter Str. 101**
Ecke Krautstraße
Am Straußberger Platz
IM SÜDEN: **Kottbuserdamm 72**
Ecke Lenaustraße
Nahe Hermann-Platz

**Auf
Teil-
Zahlung
Ohne
Preisaufschlag**

Sie finden bei uns eine
RIESEN-AUSWAHL in

Herren-Sakko-Anzügen **Ulstern — Paletots**
Blauen Sakko-Anzügen **Herren-Sport-Anzügen**
Damen- und Backfisch-Mänteln **Nachmittags-Kleidern**
Straß- u. Sport-Kostümen **Tanz- und Gesellschaftskleidern**
Strickkleidern, Lumberjacks, Pullover, Strickwesten
aparte Neuheiten in enorm großer Auswahl
Leibwäsche, Tischwäsche, fertige Bettwäsche
Weißwaren, helle, Dreile, Trikotasen, Oberhemden
Teppiche, Gardinen, Stepp-, Chaiselonguedecken
Wandbehänge, Tischdecken, Vorlagen
Unsere Schuhwaren-Abteilung
bietet Ihnen eine große Auswahl für Damen, Herren und Kinder
in einfacher u. Luxusausführung, Gute Fabrikate, tadelloser Paßform

Fescher Mantel 48.- **Herren-Anzug 54.-**
ganz gefärbt, mit eleganter Stickerei wie Abbildung . . . aus gut haltbaren Stoffen im englischen Geschmack . . .
Wochenrate 3.- M. Wochenrate 3.50 M.

Kommunale Verkehrswirtschaft.

Aufstieg der städtischen Verkehrsunternehmen. — Rekordzahlen für den Massenverkehr. — Starke Ausnutzung der Verkehrsmittel.

Was der Verkehr für den Großstadtmenschen bedeutet, das erlebt jeder von uns jeden Tag. Straßenbahn, Hochbahn und Autobus führen uns von und zu der Arbeitsstätte, erleichtern den Weg zur Versammlung, zum Theater und zur Erholung im Freien. Jeder findet es selbstverständlich, daß die Massenverkehrsmittel funktionieren. Jeder nimmt ihre Verbesserung gern hin, gewöhnt sich aber rasch an sie und vergißt das Gebotene bald — um desto wütender zu kämpfen, wenn es irgendwo nicht klappt. Der Verkehrsbedarf und seine Befriedigung ist für den einzelnen sozusagen ins Unterbewußtsein hinabgesunken. Für den sozialen Organismus jedoch steigt seine Bedeutung von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr. Sollte man nur wenige Tage die Dinge laufen lassen, ohne sie sorgsam zu beobachten, so wären schwere Schäden die unabwendbare Folge. Man erinnere sich nur der Zustände während des großen Verkehrsstreiks von 1919/20, die eine schwere Störung für die gesamte Wirtschaft der Großstadt bedeuteten. Ähnliche Zustände mühten einzuwirken, wenn etwa infolge technischen Versagens die Verkehrsmittel, die heute täglich und stündlich gewaltige Wegstrecken bewältigen, sich irgendwie „festfahren“ würden. Schlimmer jedoch als jede plötzlich eintretende Störung, wie sie jedem sichtbar in die Augen springt, ist es, wenn der Ausbau des Großstadtverkehrs hinter dem Wohnungsbau zurückbleibt. Die Elendsquartiere in den Groß- und Vorstädten mit ihrer dichten Bevölkerung, den überfüllten Wohnräumen an schiefen Höfen, mit ihren gesundheitlichen und sozialen Gefahrenherden — sie sind letzten Endes nicht nur Folgen der Armut der Einwohner und der spekulativen Ausnutzung des Bodens. Menschen müssen irgendwo wohnen, wo sonst die Wege zu weit werden. Sie können fern von der Arbeitsstätte, sich im Freien ansiedeln, wenn genug moderne Massenverkehrsmittel den stundenweiten Fußweg zur Fahrt weniger Minuten verkürzen. Wo aber die Menschenfindung in die Breite gehen kann, anstatt sich auf knappen Raum zusammenzudrängen, da hat die Bau- und Boden speculation kein allzu großes Feld mehr. Der Wohnungsuchende kann hier dem Mietwucher ausweichen, indem er hingeht, wo das Bauen und Wohnen billiger ist. So sind die Mietkassen der Arbeiterviertel dauernde Zeugen jener kapitalistischen Periode, in der das Verkehrsbedürfnis dem Profitstreben des Bau- und Bodenspekulanten untergeordnet wurde. Jede Auslockerung der Großstädte hat eine gesunde Verkehrspositiv geradezu zur Voraussetzung.

Doch nicht nur am Rande der Großstadt ist das Verkehrsproblem von Wichtigkeit. Wo sich erst einmal die Schienenstränge häufen und obendrein infolge der Zunahme des Wagenverkehrs Störungen in der Beförderung eintreten müssen, da entstehen inmitten der Großstädte jene unheimlichen Zustände, wie aus der Kriegs- und Nachkriegszeit noch deutlich in der Erinnerung sind. Breite Fußwege, zeitraubendes Umsteigen, Warten auf den Bahnhöfen lassen den Zeitgewinn wieder verloren gehen, den man vielleicht bei einer Fahrt vom Vorort in die Stadt erzielt. In der Berliner Innenstadt, etwa im Dreieck zwischen Wittenbergplatz, Alexanderplatz, Bahnhof Friedrichstraße sind die Verkehrswege auf, unter und über der Straße bereits so stark in Anspruch genommen, daß trotz der Fortschritte der letzten Jahre des Drängens kein Ende ist, besonders in der Zeit des Berufsverkehrs. Wenn nun heute gewaltige Neubauten die Wege des Massenverkehrs wieder lockern sollen, wenn Duzende und Hunderte von Millionen Mark zur Verkehrsverbesserung aufgewandt werden, so geschieht das nicht mehr im Dienste des Profits, es geschieht im Sinne einer planvollen Menschenwirtschaft, die die Arbeitstrost der berufstätigen Männer und Frauen vor den nervenaufreibenden Strapazen vor Beginn und nach dem Ende der Arbeit schützt, ihnen Ermüdung erspart und Zeit frei machen will. Für den modernen Großstädter ist ja Zeit nicht nur Geld; sie ist auch die Möglichkeit der Erholung, der Freude, des Genusses von Kulturwerten und so die beste Stärkung des Arbeitswillens.

Solche Gedanken werden wach, wenn man die soeben fertiggestellten Berichte der städtischen Berliner Verkehrsunternehmen studiert. Hier ist nichts von Sensationen für den, der das Verkehrsleben der Großstadt bewußt miterlebt und auf seinen rasenden Rhythmus horcht. Und doch sind die Berichte voll charakteristischer Anhaltspunkte zur Beurteilung desjenigen sozialen Wertes, das in der gemeindlichen Verkehrswirtschaft seinen Niederschlag findet.

Es sind Rekordzahlen, die die Berliner städtischen Verkehrsunternehmen im Jahre 1927 aufweisen können. Straßenbahn, Untergrundbahn und Autobus beförderten im vergangenen

Jahre 1220 Millionen Fahrgäste, etwa dreimal so viel, wie die Stadtbahn. Die letztere ist überhaupt während der letzten Jahre vom städtischen Verkehr stark in den Hintergrund gedrängt worden. In der Inflation gab es Jahre, in denen die Stadtbahn allein mehr als die Hälfte des Berliner Stadtverkehrs bewältigte. In den letzten beiden Jahren ist ihre Beförderungszahl etwa auf den Stand der Vorkriegszeit zurückgegangen, während die kommunalen Verkehrsmittel gegenüber 1913 einen Zuwachs von rund einem Drittel und selbst gegenüber dem Kriegsjahr 1918, das den letzten Rekord brachte, einen solchen von fast 50 Millionen Fahrgästen verzeichnen können. Der Erfolg des letzten Jahres war in entscheidender Weise mitbestimmt durch die Einführung des Umsteigefahrscheinens. In den hohen Zahlen der Fahrgäste prägt sich die stärkere und zweckmäßigere Ausnutzung der großstädtischen Verkehrsmittel aus. Jedenfalls haben sich innerhalb der kommunalen Wirtschaft die Bestrebungen nach einer Vereinheitlichung des Verkehrswezens glänzend bewährt — und das ist ein Erfolg, der in erster Linie der Sozialdemokratie zuzuschreiben ist.

Jeder der vier Millionen Berliner war im Jahre 1927 (im Durchschnitt) als Fahrgast:

in der Straßenbahn etwa	209 mal
in der Hoch- und Untergrundbahn etwa	55 „
im Autobus etwa	39 „

Somit kommt auf jeden Berliner etwa an jedem Werktag eine Fahrt in den städtischen Verkehrsmitteln. Außerdem legt unser Durchschnittsberliner in der Stadtbahn jährlich etwa 95 Fahrten zurück.

Daß der Durchschnittsberliner nur einmal täglich auf der Bahn sitzen soll, wird den meisten merkwürdig erscheinen. Doch ist zu bedenken, daß die Kinder unter sechs Jahren nicht als Fahrgäste gelten, daß manche Hausfrauen, aber auch manche anderen, nahe der Arbeitsstätte Wohnenden die Verkehrsmittel wenig beanspruchen. Die Leute, die nur im eigenen Auto fahren und daher in der glücklichen Lage sind, die „Bajillenfische“ zu meiden, braucht man nicht zu berücksichtigen — sie werden für unsere Rechnung ausgemittelt durch die zahlreichen Fremden, die sich nur vorübergehend in Berlin aufhalten und dann oft genug Fahrgäste der städtischen Verkehrsbetriebe sind.

Wenn man das alles in Betracht zieht, so kommt man auf Grund dieser Zahlen der Wirklichkeit nahe, die beweist, daß die meisten erwerbstätigen Berliner und viele Schüler mindestens zwei, viele sogar mehrere Male täglich einen der drei städtischen Verkehrsbetriebe in Anspruch nehmen.

Ein Zahlenbeispiel ist die Feststellung, daß sämtliche in Berlin gezählten Fahrgäste öffentlicher Verkehrsunternehmen in einem Jahre mit insgesamt 1601 Millionen nur um 305 Millionen hinter der Gesamtbevölkerung der Erde zurückbleiben. Auf die städtischen Verkehrsunternehmen entfallen im letzten Jahre insgesamt 1220 Millionen Fahrgäste, die, wenn es nicht eben meist dieselben Personen wären, 60 Prozent der Bevölkerung der Erde ergeben würden.

Sämtliche Berliner Verkehrsbetriebe beschäftigten in ihrem eigenen Betrieb Ende des letzten Jahres 23 706 Personen gegen 22 077 Ende 1926. Doch damit erschöpft sich die Bedeutung der Verkehrsbetriebe als Arbeitgeber durchaus nicht. Allein in ihren Bauten beschäftigte die Untergrundbahn im Monatsdurchschnitt des letzten Jahres 4000 Bauarbeiter, wovon 60 Prozent aus den Erwerbslosen entnommen wurden. Der Baustoffindustrie gibt die Untergrundbahn etwa für 1000 Mann Beschäftigung. Dabei sind nicht gerechnet die sicherlich recht beträchtlichen Zahlen von Beschäftigten, die in der Herstellung von Motoren, Wagen, Gleismaterial usw. Arbeit und Brot finden.

184 Millionen Mark erforderte im Jahre 1927 die Aufrechterhaltung des Verkehrs. Davon gehen 26,3 Millionen Mark als Abgaben an die Stadt. Das Übrige wird bis auf einen kleinen Restgewinn für Betriebskosten, Abschreibungen und Kapitaldienst verbraucht.

In dem Kapitaldienst sind auch die Dividenden enthalten, die zum weitaus überwiegenden Teil der Stadt zugute kommen.

Die Untergrundbahn beantragt eine Dividendenzahlung von 5 Prozent, die Ahoag eine solche von 10 Prozent auf das Stammkapital. Die Straßenbahn zahlt keine Dividende.

Diese Gewinnergebnisse sagen über die tatsächliche Leistung der Verkehrsunternehmen wenig. Denn es ist nicht der höchste Zweck der Verkehrsunternehmen, Gewinne zu erzielen, sondern den wachsenden Aufgaben des großstädtischen Verkehrs Rechnung zu tragen. Daher beanspruchen die großen Summen eine besondere Aufmerksamkeit, die der Ausbau des Groß-Berliner Verkehrs erfordert. Hier wirkt sich die Anleiheperrre, die die Reichsblockregierung auf Veranlassung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gegenüber den kommunalen Betrieben verhängt hat, zu schwerstem Nachteil aus. Hohe Beträge hat die Stadt dadurch vorgeschossen, daß sie auf die Einziehung der ihr zufallenden Abgaben bis zur Aufnahme einer Auslandsanleihe verzichtet hat. Das ist ein Notbehelf. Die wachsenden Bedürfnisse der städtischen Unternehmen überhaupt und der Verkehrsbetriebe im besonderen machen es dringend notwendig, daß der ausländische Kapitalmarkt für diese im wahrsten Sinne produktiven, weil letzten Endes menschenwirtschaftlichen Aufgaben wieder geöffnet wird. Die Arbeiterschaft, die an einer Anganghaltung und Verbesserung des Verkehrs das größte Interesse hat, wird bei den jetzt fälligen Wahlen auch darüber zu entscheiden haben, ob diese Benormung der öffentlichen Wirtschaft und die Benachteiligung der Großstadtbewohner noch länger dauern soll.

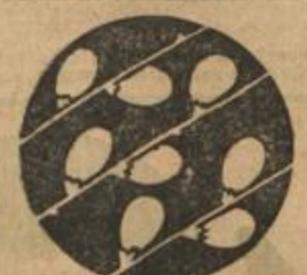
KPD.:deutschnational! Lehrreiches aus dem Bezirk Pantow.

Die Bezirksversammlung am 28. März befaßte sich mit einer Mitteilung des Bezirksamtes, in der dem Wirtschaftsparteiler Stöber vorgeworfen wird, die Schwegelpflicht als Deputationsmitglied der Hochbaudeputation verletzt zu haben. Die bürgerlichen Parteien, und natürlich auch die Kommunisten, legten der Vernehmung keine Bedeutung bei. Nur unsere Fraktion erklärte, daß sie diese Handlung verurteile. Sie erwarte von der Wirtschaftspartei, daß sie Stöber aus der Deputation zurückziehe. Die Verteidigung seiner Handlungsweise führte der Angegriffene in recht eigenartiger Weise. Er beleidigte nicht nur das Bezirksamt in seiner Gesamtheit, sondern sprach auch noch in nicht mißzuverstehender Art gegen unseren Genossen Stadtrat Burkhard Verdächtigungen aus. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit dürfte noch nicht gesprochen sein. — Die Prüfung der Klauke-Stiftung und Anträgen über Bauänderungen am Gesundheitshaus wurden zur Behandlung je einem besonderen Ausschuss überwiesen. — Endlich nahm die Versammlung, nach erlosenen Geschäftsordnungsdebatten, in der die Deutschnationalen, unterstützt von den Kommunisten, in der Obstruktion fortführten, die von uns gegen den Willen dieser Parteien erzwungenen Abstimmungen über die Straßennamenänderungen vor. Die von den Deutschnationalen und Kommunisten beantragten namentlichen Abstimmungen erledigte die Erledigung; nur ein kleiner Teil der Anträge wurde erledigt und wurde um 10 Uhr die Sitzung vertagt.

Neue Straßennamen in Charlottenburg Und die Kommunisten versagten!

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand der Bericht über die Umbenennung von Straßen in Charlottenburg. Das Bezirksamt hatte sich seinerzeit erst unter starkem Druck der sozialdemokratischen Fraktion dazu entschlossen, diese Frage überhaupt mit der Bezirksversammlung zu erörtern. Die Rechte hatte sich vergeblich dagegen geäußert. Man hatte dann vereinbart, ein Ausschuss der Bezirksversammlung solle mit dem Bezirksamt die Vorschläge der Fraktionen besprechen. Der Bericht aus diesem Ausschuss kam nun als Plenum, aber nur zur „Kennisnahme“. So war verabredet worden. Die Kommunisten versagten bei der ganzen Angelegenheit vollständig, kamen mit Vorträgen, die längst in anderen Bezirken gestellt waren; die SPD. hatte in Gemeinschaft mit den zentralen Instanzen die Materie geregelt. Und so kam es, dank dieser Vorbereitung, zu einem vollen Erfolg. Der Friedrich-Karl-Platz in Charlottenburg soll künftig Ferdinand-Cassalle-Platz heißen; wir werden ferner eine Motteler-Straße, eine Heine-Barf, eine Jelsky-Straße (Havelstraße), eine Friedrich-Hegar-Straße (Rüchener Straße), eine Johann-Jakob-Straße und eine Richard-Dehmel-Straße haben. Von Interesse sind noch: die Umbenennung des Gustav-Adolf-Platzes in Caffire-Platz; die Namen: Eugen-Richter-Straße, Helene-Weber-Straße (für die Königin-Luise-Straße), Quistorp-Damm (Spandauer Chaussee).

In der Bezirksversammlung verjuchten es die Kommunisten noch mit Sonderanträgen, da es sich aber nur um „Kennisnahme“ handelte, nahm die Versammlung keine Stellung dazu, sondern erachtete die Angelegenheit nach den Vorschlägen von Bezirksamt und Ausschuss für erledigt, nur Vertreter der auferstehenden Rechten und Linken verbanden sich zu einem matten Widerpruch. — Sodann beschäftigte sich die Versammlung hauptsächlich mit einer Reihe von sozialdemokratischen Anträgen. So sprach Genosse Heidrich unsere Anfrage betr. den geplanten Bau eines Fernheizwerkes Westend, so begründete Genosse Amhoff eine Interpellation über die dauernde Beunruhigung und Belästigung Charlottenburger Einwohner am Habsburger Ufer und am Tegeler Weg durch halbwegsige Burfen zur Nachtzeit. Es handelt sich häufig um Hakenkreuzjünglinge, die ihr Heldentum an den Bänken der Anlagen, an Laternen und wechellosen Passanten austoben. Das Be-



Das Beste kommt zuletzt

Kaufen Sie sich zu Ostern ein Paar



SALAMANDER

zirkulär hat mit dem Polizeipräsidenten in dieser Angelegenheit verhandelt. Man kann hoffen, daß ein verstärkter polizeilicher Schutz erreicht wird. Eine weitere Anfrage betr. den Schutz der Patienten und vor allem der Kinder vor willkürlichen ärztlichen Experimenten in Krankenhäusern begründete Genosse Dr. Jaffe. Prof. Dettinger gab diesmal einen sachlich voll befriedigenden Bericht, die Charlottenburger Chefarzte haben eine eindeutige Erklärung abgegeben; das Hauptgesundheitsamt wird veranlaßt werden, für ganz Berlin gewisse Sicherungen zu schaffen bzw. erneut zur Geltung zu bringen. — Die kommenden Wahlen warfen ihre Schatten voraus in einer vierten Interpellation betr. Schutz der geheimen Wahl und Sicherung des öffentlichen Wahlganges in Wahllokalen, die in Schupfokasernen oder in Gefängnissen untergebracht sind. Genosse Amthor gab berechtigten Bedenken auf Grund früherer Erfahrungen Ausdruck; der Vertreter der Mitte schloß sich diesen Beanstandungen durchaus an, und so wird der Vertreter des Bezirksamtes in Wahlsangelegenheiten trotz eigener anderer Meinung hoffentlich von dieser Willensäußerung der Charlottenburger Bürgerschaft Notiz nehmen.

Platz an der Jannowitzbrücke. Umbau der Ufer.

Der Neubau der Jannowitzbrücke, die gegenüber dem alten Zustande eine wesentliche Verbreiterung erfährt, macht auch eine Umgestaltung der beiderseitigen Ufer erforderlich, besonders an der Zusammenmündung der Holzmarkt-, Alexander-, Birkenstraße, der Straße an der Stralauer- und an der Jannowitzbrücke. Hier wird wegen der neu zu schaffenden Eingänge zur Untergrundbahn und zur Ermöglichung einer zweckmäßigen Verkehrsregelung ein freier Platz geschaffen, der für die hier zusammenstößenden Verkehrsgelegenheiten: Stadtbahn, Straßenbahn, Omnibus, U-Bahn und Dampfer, eine sichere und reibungslose Abwicklung des Verkehrs gewährleisten soll. Die Einleitung und Auflösung des Platzes in Bürgersteige, Fahrdämme mit Richtungsverkehr, Haltestellenmarken usw., ist nur möglich, wenn der Baublock zwischen Stadtbahn und der Straße an der Jannowitzbrücke und an der Stralauer Brücke beseitigt wird. Auf dem linken Spreerufer ist die Umgestaltung nicht so wesentlich, immerhin ist eine Veränderung der südlichen Bauflucht des Brandenburger Ufers erforderlich, von der die Grundstücke Brandenburger Ufer 2-4 und Brückenstraße 7 betroffen werden.

Aus den Bezirken.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Die am letzten Mittwoch zusammengetretene Bezirksversammlung Friedrichshain erledigte eine reichhaltige Tagesordnung von 20 Punkten. Auf eine Anfrage der Kommunisten wegen der Verbreiterung des Zugangsweges zur Treptower Eisenbahnbrücke erwiderte Stadtrat Genosse Rosin, daß die Verbreiterung an der Stralauer Seite bisher an der Hartnäckigkeit des Besitzers gescheitert ist. Das Enteignungsverfahren wurde eingeleitet. — In der Angelegenheit der Staubentwicklung beim U-Bahnbau in der Frankfurter Allee sind die ausführenden Firmen verpflichtet, Staubbindungsmittel zu benutzen und im Sommer eine Anzahl Sprengwagen neben den städtischen in Betrieb zu setzen. Die Anfrage der Kommunisten nach dem Stand des Baues einer Waldschule beantwortete Bürgermeister Genosse Wielich dahin, daß von dem Bezirksamt alles versucht worden ist, um die Verhandlungen mit der Forstdeputation und den Schulaufsichtsbehörden zu beschleunigen. Die Vorbereitungen zum Bau einer vollen Gemeindeschule an dem vorher ausgewählten Platz sind jetzt im Gange. Bei der Erledigung der in der letzten Sitzung abgebrochenen Abstimmungen zu den Straßenumbenennungen wurde die Vorlage des Bezirksamtes mit 30 gegen 26 Stimmen angenommen. Danach werden umbenannt die Pfleiderstraße in Martha-Demming-Straße, die Ehrenbergstraße in Emil-Baerner-Straße, die Fürstenwälder Straße in Matthias-Craberger-Straße, die Pichtenberger Straße in Walded-Ross-Straße, der Parkweg in Stralau in Kynaststraße und die Birchowstraße in Eugen-Bahn-Straße. Weitere Anfragen resp. Anträge der Kommunisten beschäftigten sich mit der Durchführung der 48-Stundenwoche in städtischen Betrieben und Verboten öffentlichen Plakataushangs. Bürgermeister Genosse Wielich erklärte dazu, daß Ueberstunden nur noch ausnahmsweise vorkommen und durch Freizeit abgegolten werden. Die Frage der Verbote von Plakatausgang in einigen Wirtschaften soll in den angeführten Beispielen unterlucht werden. Zur Frage der öffentlichen Volksspeisung vermißte Genosse Jahn auf die vorbildliche Einrichtung der Sonderküchen im Bezirk. Für die Volks- und Wohlfahrtspeisung forderte er den Ausbau der Volksspeisung und die Errichtung einer eigenen, gutausgebauten Küche. Ein dahingehender Antrag unserer Fraktion wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen. Ein Antrag der Kommunisten betr. Wohnungsbau rief den Genossen Rosin als Dezernenten des Wohnungsamtes auf den Plan. Er vermißte auf die große Kollage im Bezirk, der in den dringendsten Fällen immer mit größtmöglicher Beschleunigung entgegenzutreten wird. Bei 50 freien Wohnungen im Monat und jeweils 150 neuen Tuberkulosefällen kann aber auch hier nicht immer sofort Abhilfe geschaffen werden. Herrichtung von Fabrikgebäuden zu Wohnzwecken werde teurer wie der Neubau von Wohnungen. Neubauwohnungen seien heute jedoch aus bekannten Gründen auf dem Wohnungsmarkt derart teuer, daß die Mieten von Arbeitlosen, Ernährten und Sozialrentnern absolut nicht getragen werden können. Dem Wohnungsamt werden die Befugnisse immer mehr beschnitten, ein Zeichen für den fortschreitenden Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und die damit verbundenen Gefahren. In der Mietenfrage grundlegende Änderungen zu schaffen sei nur durch Beschlässe der maßgebenden Körperschaften erreichbar. Es wurde ein Antrag unserer Fraktion angenommen, in dem das Bezirksamt ersucht wird, dringend beim Magistrat auf die Schaffung von Neubauten mit Kleinwohnungen zur Behebung der Wohnungsnot im Bezirk hinzuwirken.

Führungen durch die ältesten Winkel Berlins. Da während der Feiertage viele Fremde in Berlin anwesend sind, die auch an den historischen Stätten Berlins interessiert sind, so finden auch am Karfreitag und Ostermontag Führungen statt. Treffpunkt: 10 1/2 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pf.

U-Bahn bis Neanderstraße.

4 1/2 Kilometer der Schnellbahn Gesundbrunnen—Neufölln fertiggestellt.

Nachdem erst am 12. Februar dieses Jahres die zweite Teilstrecke Schönleinsstraße—Kottbuser Tor der Schnellbahn Gesundbrunnen—Neufölln dem Verkehr übergeben wurde, wird heute der Betrieb auf der dritten Teilstrecke Kottbuser Tor—Moritzplatz—Neanderstraße (1,7 Kilometer) eröffnet, so daß von der rund 12 Kilometer langen Strecke der U-Bahn 37 Proj., etwa 4,4 Kilometer in Betrieb sein werden.

Auf der neuen Strecke waren interessante technische Bauaufgaben zu lösen, vor allem die Unterfahrung des Häuserblocks Ecke Ritter- und Prinzenstraße, wo in einer Kurve von 100 Metern Radius sechs Häuser in einer Länge von 185 Metern zu unterfahren sind, wie dies in diesem Ausmaße in Berlin noch nicht ausgeführt worden ist. Bemerkenswert ist auch der Bahnhof Moritzplatz, der als Kreuzungsbahnhof ausgebildet ist, da später einmal an dieser Stelle die U-Bahn von der tieferliegenden kommenden Schnellbahn Wobbit—Treptow im Zuge der Oranienstraße gekreuzt werden wird. Für diese zukünftige Strecke ist bereits am Bahnhof Moritzplatz ein Teilstreckenschild von 40 Metern Länge mit ausgeführt worden. Dieser Bahnhof hat über dem oberen Bahnsteig eine große quadratische Vorhalle mit vier Ausgängen nach allen Seiten des Moritzplatzes, von denen zunächst die zum Warenhaus Westheim und zu Wächter führenden in Betrieb genommen werden. Die architektonische Ausgestaltung dieses außerordentlich geräumigen Bahnhofs lag in den Händen

des Prof. Peter Behrens. Die vorläufige nördliche Endstation der U-Bahn, der Bahnhof Neanderstraße, besitzt ebenfalls eine Neuerung, und zwar sind hier, wie bereits mitgeteilt, die Eingänge an der Schmidstraße und an der Ecke der Köpenicker Straße in Häusern verlegt worden, die entsprechend umgebaut wurden. Zu dieser Maßnahme, die zum ersten Male beim Schnellbahnbau in Berlin erfolgt ist, hat man sich wegen der geringen Breite der Neanderstraße veranlaßt gesehen.

Die ganze Bahn Gesundbrunnen—Neufölln soll Mitte 1929 in Betrieb genommen werden. Infolgedessen wird sich dann Ende 1929 das Berliner Schnellbahnetz von circa 37 Kilometern vor dem Kriege auf rund 80 Kilometer erhöhen. Die Bahnhöhe der Berliner Schnellbahnen müssen jetzt durch das rasche Anwachsen des Verkehrs immer größer gebaut werden, so daß man bei der U-Bahn Bahnsteige von 130 Metern Länge als notwendig erachtet. Die wichtigsten in der Durchführung begriffenen Bauten der U-Bahn sind zurzeit die Unterfahrung der Spree an der Jannowitzbrücke, die Arbeiten am Alexanderplatz und der Bau des Endbahnhofs Gesundbrunnen, daneben auch der völlige Umbau des Hochbahnhofs Kottbuser Tor für den künftigen direkten Uebergangsverkehr. Hier wird zurzeit eine Umgehungsstrecke der Hochbahn gebaut, damit direkt über den Platz der neue Hochbahnhof Kottbuser Tor mit Mittelbahnsteig und Rolltreppe zum Untergrundbahnhof umgestaltet werden kann.

Verkehrsfragen in Weissensee.

In der Bezirksversammlung vom 28. März gelangten unter anderem Verkehrsfragen zur Beratung. Es wurde allgemein Klage darüber geführt, daß der Bau der für den Bezirk richtigen Querverbindung Lichtenberg—Hohenschönhausen—Weissensee—Wedding zu langsam fortschreitet. Das Bezirksamt wurde ersucht, alles daran zu setzen, daß der Bau beschleunigt wird. Ferner wurde gewünscht, daß mit den Pflasterarbeiten der Berliner Allee und der Langhansstraße alsbald begonnen wird. Der Polizeipräsident verlangt erneut die Beseitigung der Uebergänge über den Straßenbahnkörper der Berliner Allee. Da diese Uebergänge sich außerordentlich bewährt haben, wurde ein Beschluß gefaßt, nach dem auch jetzt eine Notwendigkeit zur Beseitigung der Uebergänge nicht anerkannt werden kann. Die Bezirksversammlung muß vielmehr auf ihren, in dem Beschluß vom 19. Oktober 1927 festgelegten Standpunkt auch weiterhin bestehen bleiben. Die fortgesetzten Bemühungen des Bezirksamtes auf Schaffung neuen Geländes für Kleingärtenzwecke waren von Erfolg gekrönt. Die Kleingärtner werden es freudig begrüßen, daß durch Vergrößerung der Kolonie „Sonnenschein“ am Jaulen See eine große Anzahl neuer Kleingärten geschaffen werden kann. Der vom Bezirksamt vorgelegte Lageplan wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Der Bezirksversammlung wurde von dem Bezirksamt Kenntnis gegeben von der Räumung der der Stadt Berlin gehörigen Villa Amalienstraße 1/2. Es ist beabsichtigt, diese Villa, die dicht am Weissen See liegt und mit einem großen parkähnlichen Garten umgeben ist, als Altersheim zu verwenden. Hierdurch werden in dem bisherigen Altersheim Trabochstraße Räume für 10 Wohnungen frei.

Kreisvertreterversammlungen.

3. Kreis — Wedding.

In der Vertreterversammlung des 3. Kreises in der Fahrenhofer-Brauerei, Chausseestraße, sprach Genosse Siegfried Aufhäuser über das Thema: „Die Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen“. Innenpolitisch geht der Kampf nicht nur gegen die Deutschnationalen, sondern gegen alle, die den Bürgerblock unterstützen haben, die für den Besitz alles, für die werktätigen Massen aber wenig oder nichts übrig haben. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus; sorgen wir dafür, daß diese Gewalt von den Werktätigen getragen und benutzt wird, um ihnen innerpolitisch die Macht und das Recht und den Einfluß zur besseren Gestaltung der sozialen Lage und außenpolitisch die Befriedung der Völker zu geben. Der Vortrag wurde mit großem Beifall angenommen und die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

16. Kreis — Köpenick.

Die Kreisvertreterversammlung hörte einen Vortrag des Genossen Dr. Karl Nierenborj. In der Sterbestunde des Reichstags erinnern wir uns des Aufrufs des Parteivorstandes im Jahre 1924 nach der Bildung des Bürgerblocks: „Sie wollen herrschen, um sich zu bereichern.“ Trotzdem haben sie dank der Geschicklichkeit unserer Fraktion und ihrer eigenen Unfähigkeit nicht alle ihre Pläne durchsetzen können. Eine starke Minorität vermag im demokratisch-parlamentarischen Staat auch in der Opposition bei rühriger Tätigkeit nach außen manches zu leisten bzw. zu verhindern. So hat es der Bürgerblock nicht gewagt, in der Sozialfürsorge bis zum äußersten zu gehen. Anders in der Wirtschafts- und Zollpolitik, die eine aufsteigende Kurve im reaktionären Sinne zeigt. Ihr Hauptziel aber haben die Deutschnationalen nicht erreicht: in die preußische Regierung einzudringen und somit den Verwaltungsapparat in die Hände zu bekommen. Wir freuen uns, daß es zur Reichstagsauslösung gekommen ist. Ein jeder stehe seinem Mann, daß der 20. Mai für uns ein Siegstag werde.

Eine Bannerweihe veranstaltete die 29. Abteilung, Prenzlauer Berg, vor kurzem im Märchenbrunnen. Im wirkungsvollen Rahmen hielt Bürgermeister Genosse Dr. Ostrowski die Weiherede. Heinz Bartels rezitierte und Arno Schellenberg trug durch Gesangsbeiträge, am Flügel von Fräulein Jierich begleitet, zur Verschönerung der Veranstaltung bei. Den tonzerischen Teil unterstützte das typographische Orchester durch gute Musikbeiträge. Die Darbietungen fanden reichlichen Beifall.

Schulbäder.

Die meisten Schulen der sechs Verwaltungsbezirke des alten Berlin sind mit Schulbädern versehen. Es scheint dies einem großen Teil der Eltern nicht bekannt zu sein; denn die Frequenz dieser Bäder läßt leider viel zu wünschen übrig. In diesen Schulbädern ist jedes Kind berechtigt, in der Woche einmal ein warmes Brausebad unentgeltlich zu nehmen. Seife wird jedem Kinde geliefert. Mitzubringen ist ein Handtuch zum Abtrocknen. Da in den meisten Haushaltungen der Eltern, die ihre Kinder zur Volksschule schicken, keine Badeeinrichtung vorhanden ist, ist es außerordentlich begrüßenswert, daß den Kindern regelmäßige Bäder geboten werden. Im Interesse der Gesundheit der Kinder sollten alle Eltern darauf achten, daß kein Badetag aus Vergessenheit oder Trägheit veräußert wird. Die Bäder sind Winter und Sommer in Betrieb. Gebadet wird während der Schulstunden. Die Kinder kommen nach dem Baden wieder in die geheizten Klassen, so daß eine Erfrischung ausgeschlossen erscheint. Baderäume und Umkleieräume sind gut geheizt. Die Eltern sollten ihre Kinder anhalten, an dieser lebensreichen Einrichtung teilzunehmen.

Ein neues Personenmotorschiff, „Zukunft“ benannt, hat die Reederei Bangwaldt und Schmolke, deren Anlagestelle sich an der Waisenbrücke befindet, in Dienst gestellt. Dieser Tage konnte sich ein Kreis geladener Gäste von den Vorteilen des neuen „Dampfers“ überzeugen. Bei 30 Metern Länge faßt er 320 Personen. Das völlig gebaute Hinterschiff läßt sich bei warmer Witterung mit wenigen Handgriffen in einen offenen Ausflugsdampfer verwandeln. Die mit dem Bau beauftragte Werft von Bergmann und Westphal in Stralau hat als Antriebsmaschine einen 90 PS Kompressorlacken, direkt umsteuerbaren Sechszylinderdieselmotor verwendet, den die Motorenwerke Mannheim A.-G. lieferten. Der ruhige, völlig erschütterungsfreie Lauf von Maschine und Schiff gewährleistet in Verbindung mit den federgepolsterten Eichen eine wirkliche Erholungsfahrt.

Von Jugendlust im Lautenlied gab ein Kunstabend Kunde, der in der großen Schaula des Andreas-Realschulhauses in der Köpenickerstraße stattfand. Wir kennen von den verschiedenen Volksbildungsabenden auch der Berliner Bezirke her eine ganze Reihe hervorragender Künstler auf diesem Gebiet. Doch eine besondere Eigenart hat sich immer noch der bekannte schwedische Sänger Sven Scholander, der diesen Abend ausfüllte, bewahrt. Jugendfrisch trotz seiner sechzig Jahre versteht er es wie kein anderer zu fesseln. Die überfüllte Aula, eine der größten Berlins, bewies das starke Interesse, das auch die Berliner Arbeiterbevölkerung dem Troubadour des Lautenliedes entgegenbringt. Start war dort die Jugend wieder vertreten. Das Programm zeigte eine vielseitige Zusammenfassung alter deutscher und schwedischer Volkslieder. Ein lebenswahrer Humor wählte allen Darbietungen inne, die durch die so besonders ausgeprägte mimische Kunst Scholanders zu einem starken Erlebnis wurden. Tiefen sozialen Gehalt bewiesen die Dichtungen des Schweden Dan Andersson, die durch Scholander dem Lautenlied kühbar gemacht sind. So wurde für viele Kreise dieser Abend zu einem besonderen Genuß. Dem Volksbildungsamt Friedrichshain als dem Veranstalter aber muß man dankbar sein, daß es auch diese Arbeit in den Dienst seiner allgemeinen Volksbildungstätigkeit gestellt hat.

Genossin Anna Kiesel wird heute, am 6. April, siebenzig Jahre alt. Seit Jahrzehnten hat sie für die Sozialdemokratische Partei gearbeitet, besonders unter den Frauen, und schon lange vor dem Jahre 1906, das den Frauen die Möglichkeit der Parteizugehörigkeit brachte. Nicht nur in Berlin, sondern auch in den Provinzen war Anna Kiesel oft Referentin, deren Vorträge gern gehört wurden und der Partei neue Anhänger zuführten. Noch jetzt ist Genossin Kiesel für die Partei tätig als Bezirksverordnete des 20. Verwaltungsbezirkes (Reinickendorf), und in der Parteiorganisation tut sie als Kreisleiterin mit unermünder Arbeitsfreudigkeit ihre Pflicht. Das Ergebnis der bevorstehenden Wahlen, an deren Vorbereitung sie rüstig und eifrig mitarbeitet, wird für die Siebzighjährige das beste Geburtstagsgeschenk sein, wenn es ihr auch erst sechs Wochen später besichert werden kann.

Das Fest der Goldenen Hochzeit feierten Herr Paul Mische und Frau in der Moritzstr. 7 am 4. April. Die beiden alten Leute haben harte Schicksalsschläge erlitten, so daß sie auf öffentliche Wohlthaten angewiesen sind.

Die Scala ist am Karfreitag nicht geschlossen, wie irrthümlich angegeben wurde. Es findet vielmehr ein Arienabend von Richard Tauber statt.



Dandys

DIE BESTE 4 PFG-ZIGARETTE!

